

AFD-FRAKTION IM BAYERISCHEN LANDTAG

LÖWEN HERZ

AUSGABE
03/22

Impfpflicht

Vom Ringen der Bürger um
Wahrheit und Selbstbestimmung

Maskenaffäre

Der Untersuchungsausschuss und die
Wahrheit hinter verschlossenen Türen

Inflation

Ein Gespenst kehrt zurück

**Lieber Leserinnen und Leser,
liebe Freunde der AfD,**



wir freuen uns sehr, dass wir Ihnen nach einiger Zeit wieder unser Fraktionsmagazin „Löwenherz“ präsentieren dürfen! Unsere aktuelle Ausgabe befasst sich mit drängenden Problemen wie der horrenden Inflation, der gescheiterten Energiepolitik sowie mit den Auswirkungen des Ukraine-Konflikts auf Bayern.

In allen Bereichen zeigt sich, dass die Kartellparteien abgewirtschaftet haben. Seit vielen Jahren werden nur Bestände aufgezehrt, Milliardenbeträge für sinnlose ideologische Projekte verschwendet, Unternehmen und wirtschaftliche Leistungsträger durch immer neue planwirtschaftliche Vorgaben gehemmt und die Bürger durch weltweit einmalige Steuern und Abgaben belastet. Aber nun ist ein Punkt erreicht, an dem es nicht mehr so weitergeht. Die Krise spitzt sich Tag für Tag weiter zu. Viele Menschen sparen bereits am Tanken oder gar am Essen und wissen nicht, wie sie die nächste Heizkostenrechnung bezahlen sollen.

Es geht nicht mehr nur um die Verteilung unseres Wohlstands, sondern zunehmend auch um die Funktionsfähigkeit und den Fortbestand unserer Industriegesellschaft. Die Kartellparteien bieten keine Lösungen für das von ihnen angerichtete Chaos. Nur die AfD kann als neue und frische politische Kraft die nötige Wende bringen, wie wir am Beispiel unserer Landtagsarbeit deutlich machen.

Besonders wichtig war uns auch, einen Teil dieses Magazins der Aufarbeitung der Corona-Politik zu widmen und die Amigo-Skandale der CSU bei den sogenannten „Maskendeals“ genauer zu beleuchten. In diesem Zusammenhang hat die AfD viel Aufklärungsarbeit geleistet, über die wir Sie gerne informieren möchten.

Insgesamt wartet das „Löwenherz“ mit vielen interessanten Beiträgen unserer Abgeordneten auf und ist eine spannende Lektüre für alle Bürger: für diejenigen, die von unseren Argumenten bereits überzeugt sind, und ganz besonders auch für jene, die wir bislang noch nicht als Wähler gewinnen konnten. Sie haben nun die Möglichkeit, sich ungefiltert und aus erster Hand ein Bild von unserer Arbeit im Bayerischen Landtag zu machen.

Ulrich Singer

Ulrich Singer

Fraktionsvorsitzender



INHALT

Schuldenpolitik der Staatsregierung	4
Zentrum für Wassergefahren	5
Sicheres Deutschland	6
Löwenherz-Interview	8
§219a - Angriff auf menschliches Leben	10
Kindern Halt geben	11
Ausnahmesituation an den Schulen	12
Impfpflicht - Wahrheit und Selbstbestimmung	14
Pflege- und Wohnqualitätsgesetz	17
Untersuchungsausschuss „Maske“	18
Inflation - ein Gespenst kehrt zurück	20
Verfassungsmedaille - AfD fordert Aberkennung	21
Für Bayerns Bauern im Landtag	22
Energieversorgung für Bayern	23
Natur- und Umweltschutz	24
„Green Deal“	29
Wirtschaftspolitik	30
Krieg in der Ukraine	32
Unsere AfD-Abgeordneten	34



Söders Haushalt ist illegal

AfD klagt gegen Schuldenpolitik der Staatsregierung



Ferdinand Mang
haushaltspolitischer
Sprecher

Aus dem Plenum:
Söders
„Nachhaltigkeit“
sind Schulden



Ministerpräsident Markus Söder hat eine beispiellose Verschuldung Bayerns zu verantworten. Da weite Teile unserer Wirtschaft durch seine sinnlose Lockdown-Politik vor dem Zusammenbruch standen, hat die Staatsregierung ungeheure Schulden aufgenommen.

Der Konkurs vieler mittelständischer Unternehmen wurde dadurch jedoch nicht verhindert. Auch der Bayernfonds erwies sich als nutzlos. Nur ein Prozent der Mittel wurde abgerufen, und laut dem Bayerischen Obersten Rechnungshof sind mit dem milliardenschweren Fonds bislang lediglich drei Unternehmen unterstützt worden.

Von ihrem vorgeblichen Ziel, Bayern bis 2030 schuldenfrei zu machen, hat sich die Söder-Regierung bereits im Nachtragshaushalt für 2020 verabschiedet. Wieder einmal wurden die Bürger getäuscht. Lediglich 10 Prozent der für 2019 und 2020 angekündigten Schuldentilgung von einer Milliarde Euro wurden tatsächlich getilgt. Stattdessen hat Söder bayerisches Steuergeld für

Prestigeprojekte wie seine „Hightech-Agenda“ verschwendet.

Danach folgte die Zweckentfremdung von 1,9 Milliarden aus dem Corona-Sonderfonds für den sogenannten Klimaschutz und ähnliche Zwecke. Die Bürger wurden erneut betrogen. Söders Finanzpolitik besteht wesentlich in der Verschwendung von Steuergeld.

Die Mahnungen der AfD zu sparsamer Haushaltsführung wurden sträflich missachtet und die grüne Inflation mit der Schuldenorgie für linksgrüne Klimalobby-Projekte angeheizt. Die Leidtragenden sind die bayerischen Bürger.

Der Skandalhaushalt der Staatsregierung verstößt 2022 auch gegen die Schuldenbremse der Bayerischen Verfassung. Weiterhin sollen illegale Kredite aufgenommen und in ideologisierte Klima-Projekte gepumpt werden. Deshalb hat die AfD-Fraktion diesen Haushalt nicht nur abgelehnt, sondern wird auch Klage vor dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof gegen ihn erheben.

Eine Idee der AfD

Errichtung eines Zentrums für Wassergefahren in Bayern

Bereits drei Mal forderten wir im Bayerischen Landtag die Errichtung eines Zentrums für Wassergefahren. Zum ersten Mal schon 2019, also lange vor der Flutkatastrophe im Ahrtal. Damals bezogen wir uns auf die Flutkatastrophe in Simbach im Jahr 2016. Mit den abenteuerlichsten Gründen wurde unser Antrag abgelehnt.

Zwar gibt es bereits Einrichtungen, in denen Katastrophenfälle geübt werden können. Doch speziell für Hochwassergefahren bieten diese nicht die geeigneten Möglichkeiten. Ein neues Zentrum wäre in Europa einmalig und könnte auch von Einsatzkräften aus dem europäischen Ausland genutzt werden. Es ist zum Beispiel für THW, Feuerwehr und Wasserretter nicht ausreichend möglich, Bootsmanöver in überfluteten Orten zu üben. Außerdem geht es um die Sicherheit der Kräfte beim Training. Die Übung in einer solchen Einrichtung ist für Einsatzkräfte wesentlich sicherer.

Nach den katastrophalen Ereignissen im Ahrtal erneuerten wir unsere Forderung. Auch hier meinten die Kartellparteien und insbesondere die CSU: Brauchen wir nicht. Während der letzten Haushaltsdebatte im März 2022 dann zum dritten Mal. Dieses Mal wollten wir direkt Gelder im Haushalt bereitgestellt sehen. Und wie, denken Sie, haben die Kartellparteien reagiert? Klar doch. Ablehnung!

Diese letzte Ablehnung ist umso lächerlicher, weil Freie Wähler und CSU im letzten Innenausschuss genau einen solchen Antrag einstellten: „Bayerisches Wasserrettungszentrum“.

Ja, wo kommt die Idee denn her? Da hat der Geistesblitz zugeschlagen und eilte zum Kopierer.

In so einem Fall sagen wir immer: AfD wirkt! Jede AfD-Fraktion eines jeden Bundeslandes kennt das, und auch in Bayern bleibt man vor diesem lächerlichen Schauspiel nicht verschont.

Wenn Bayern vielleicht bald wirklich ein Wasserrettungszentrum hat, in dem Rettungs- und Sicherheitskräfte für Katastrophenfälle sicher trainieren können, danken Sie uns, denn die Regierung hat nur ihr Label auf unsere Idee geklebt!



Stefan Löw

Ausschuss:

*Kommunale Fragen,
Innere Sicherheit
und Sport*

.....

*Unser
Dringlichkeits-
antrag:*



Aus dem Innen-Ausschuss

Wir machen uns für ein sicheres Deutschland stark

Schutz der EU-Außengrenzen

Innen- und Sicherheitspolitik haben für die AfD größte Priorität. Als einzige Partei im Bayerischen Landtag warnen wir eindringlich vor den Gefahren unkontrollierter Zuwanderung. Leider zeigen sich die Kartellparteien jedoch weiterhin unbelehrbar. Nach wie vor überschreiten jedes Jahr hunderttausende Menschen illegal die deutschen Grenzen. 2021 waren es so viele wie seit 2017 nicht mehr.

Neben den bevorzugten Migrationsrouten im Mittelmeerraum kam es in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres zu einem neuen Brennpunkt des Migrationsgeschehens an den Grenzen Polens und Litauens zu Weißrussland. Als Reaktion auf Sanktionen der EU wegen der erzwungenen Landung eines Ryanair-Flugzeugs am 23. Mai 2021 in Minsk begann der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko, gezielt Migranten aus Syrien und dem Irak einfliegen zu lassen.

Diesen wurde versprochen, von Weißrussland aus in die EU einreisen zu können und dort Asyl zu erhalten. Polen und Litauen sicherten jedoch ihre Grenzen und verhinderten dadurch, dass es, trotz vereinzelter Grenzübertritte, zu einer unkontrollierten Masseneinwanderung in Osteuropa kam.

Die AfD-Fraktion brachte dieses Thema im Landtag wiederholt zur Sprache. So forderten wir das Parlament auf, der polnischen Regierung für ihren Schutz der EU-Außengrenze gemäß dem Schengener Abkommen zu danken. Darüber hinaus regten wir an, den polnischen Ministerpräsidenten mit der Verleihung des Bayerischen Verdienstordens zu ehren. Schließlich hat Polen allen europäischen Staaten durch die friedliche Verteidigung der Grenze einen großen Dienst erwiesen, auch Deutschland und Bayern. Und es hat gezeigt, dass ein effektiver Grenzschutz mit humanitären Mitteln möglich ist – anders als von Angela Merkel und den Willkommensklatschern sämtlicher Kartellparteien 2015 behauptet wurde!

Aufenthalt und Rückführung illegaler Migranten

Mit der illegalen Einwanderung ist die Frage nach der Abschiebung untrennbar verbunden. Mindestens 40.000 Personen ohne Duldungsstatus halten sich in unserem Land auf; etwa 8.000 davon leben in Bayern. Obwohl sie ausreisepflichtig sind und dieser Pflicht nicht freiwillig nachkommen, werden sie nicht abgeschoben. Vielmehr plant die Ampel-Koalition sogar die nachträgliche Legalisierung der unrechtmäßigen Einwanderung in unseren Sozialstaat!

Wir haben die Staatsregierung daher aufgefordert, sich auf Bundesebene für bilaterale Gespräche mit Staaten außerhalb der Europäischen Union einzusetzen, um Gefängnissegmente für den Vollzug von Abschiebungshaft zu mieten. Dort sollen vollziehbar ausreisepflichtige Ausländer, die rechtskräftig in Abschiebungshaft zu nehmen sind, untergebracht werden. In jedem Fall sind sie nach den Maßstäben deutschen Rechts durch entsprechend geschultes Personal zu behandeln.



Unser Vorschlag orientiert sich an einem Modell, das Dänemark bereits mit großem Erfolg praktiziert. Dadurch könnten Haftanstalten in Bayern, die bereits am Limit sind, entlastet und die Kosten für Unterbringung und Versorgung gesenkt werden.

Durch dieses Verfahren würde sich die Motivation ausreisepflichtiger Migranten, in ihre Heimatländer zurückzukehren, deutlich erhöhen. Und vor allem würden viele erst gar nicht nach Deutschland kommen, wenn sie erfahren, dass illegale Einwanderer mit konsequenter Rückführung zu rechnen hätten.

Aber auch bei der Unterbringung von Asylbewerbern in Deutschland muss es Änderungen geben. So treten wir für eine Reform des Aufnahmegesetzes ein. Aufgrund des Zweiten Gesetzes zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht (BGBl. I S. 1294), das seit dem 21. August 2019 in Kraft ist, besteht derzeit Ungewissheit über die Dauer der Wohnverpflichtung von Familien mit minderjährigen Kindern in Aufnahmeeinrichtungen. Hier muss endlich Klarheit geschaffen werden.

Weiterhin fordern wir ein täuschungssicheres System der Kartenzahlung bei staatlichen Leistungen, die Asylbewerber erhalten. Bei einem vornehmlich unbaren Zahlungsverkehr (mit Ausnahmen in besonders abgelegenen ländlichen Regionen) wäre keine Hinterziehung staatlicher Leistungen mehr möglich. Auch Überweisungen deutscher Steuergelder ins Ausland würden dadurch vermindert.

In Ballungsgebieten mit besonders angespannter Wohnraumsituation sollten Asylbewerber nicht mehr untergebracht werden. Insbesondere müssen für Straftäter, Identitätstäuscher und potenzielle Gefährder bis zu ihrer Abschiebung gesonderte Unterkünfte zur Verfügung gestellt werden. Und generell sollten die Bewohner von Asylunterkünften verpflichtet sein, für die Reinigung ihrer Einrichtungen selbst zu sorgen. Durch eine solche zumutbare Arbeit würde der Steuerzahler entlastet, und der Alltag der Asylbewerber bekäme eine sinnvolle Gliederung. Dies würde nicht nur der einheimischen Bevölkerung, sondern auch den Asylbewerbern selbst nutzen.

Steigerung des Brandschutzes bei E-Autos

Aufgrund der von sämtlichen Kartellparteien vorangehenden „Energiewende“ hat die Gefahr von Bränden auf unseren Straßen zugenommen. Kauf und Betrieb von E-Autos werden direkt und indirekt massiv subventioniert; infolgedessen stiegen die Zulassungszahlen dieser Fahrzeuge in den letzten Jahren stark an. Die daraus folgende Beeinträchtigung der öffentlichen Sicherheit wurde jedoch kaum beachtet. Elektro- und Hybridfahrzeuge sind deutlich brandanfälliger als Autos mit traditionellem Antrieb!

Wir haben uns daher im Landtag dafür eingesetzt, dieser Umweltgefahr frühzeitig zu begegnen und die Kommunen entsprechend vorzubereiten. Wir forderten die Staatsregierung auf, die Verbraucher gründlich aufzuklären und umfassende Brandschutz-, Vorsorge- und Entsorgungskonzepte vorzulegen. Überdies muss verstärkt geprüft werden, wie bauartbedingte Risiken zukünftig minimiert werden können.

Gründung eines Zentrums für Wassergefahren

Die Starkregenereignisse des vergangenen Sommers haben in Süd- und Westdeutschland zu enormen Überflutungen geführt. Ganze Städte standen unter Wasser; viele Menschen verloren ihr Hab und Gut und einige sogar ihr Leben. Wir trauern mit allen Menschen, die durch diese Katastrophe Angehörige und Freunde verloren haben, und wir sind allen Einsatzkräften, freiwilligen Helfern und Spendern dankbar, die dazu beigetragen haben, Leben zu retten und das Leiden wenigstens etwas zu lindern.

Es genügt jedoch nicht, nur die Folgen einer vergangenen Katastrophe zu bewältigen – wir müssen auch für die Zukunft Vorsorge treffen. Daher haben wir mehrfach den Antrag gestellt, ein zentrales Zentrum für Wassergefahren zu gründen. Dieses soll Forschungszwecken gewidmet sein und an der Ausbildung von Einsatzkräften der Feuerwehr, der Wasserrettungsdienste und des THW mitwirken. Nach dem Vorbild des Zentrums für besondere Einsatzlagen kann es als spezialisierte Ausbildungsstätte dienen und die Voraussetzungen bieten, besonders riskante Einsatzsituationen zu trainieren. Die Kartellparteien haben unsere Anträge wiederholt abgelehnt, nach der Katastrophe im Ahrtal unseren Vorschlag aber dreist übernommen!

Darüber hinaus haben wir die Staatsregierung aufgefordert, sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, dass die Information der Bevölkerung im Katastrophenfall gewährleistet ist. Die Bürger müssen bei allen Extremwetterlagen sofort gewarnt werden können – auch dann, wenn Handy- und Stromnetze ausfallen!

Aus dem Plenum:
Asylbetrug beenden
statt illegale
Einwanderung
vorantreiben!



Richard Graupner
sicherheitspolitischer
Sprecher



INTERVIEW

mit dem neuen Fraktionsvorsitzenden
Ulrich Singer

Ulrich Singer ist 2018 für die AfD als Abgeordneter aus dem Landkreis Donau-Ries in den Landtag eingezogen. Davor führte er seit knapp 20 Jahren eine erfolgreiche Anwaltskanzlei in Wemding. Am 30. September 2021 wurde er mit absoluter Mehrheit zum Fraktionsvorsitzenden der AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag gewählt.

Löwenherz: Herr Singer, seit Ihrem Einzug in den Bayerischen Landtag sind mittlerweile mehr als drei Jahre vergangen. Wie haben Sie diese Zeit bisher erlebt?

Ulrich Singer: Vor gut dreieinhalb Jahren zogen wir mit einem klaren Wählerauftrag in den Bayerischen Landtag ein. Über 10 Prozent der Wähler gaben uns im Jahr 2018 ihre Stimme und ihr Vertrauen für eine vernünftige, heimatbezogene Politik.

Für uns alle war die Arbeit als Landtagsabgeordnete neu, und wir mussten uns erst einmal in die parlamentarischen Prozesse einfinden. Es trafen dazu viele unterschiedliche Charaktere aufeinander. Die Qualität unserer Arbeit wurde immer besser. Wir arbeiten kontinuierlich daran, unsere Prozesse zu optimieren, so dass wir

in die nächste Legislaturperiode mit hoher Professionalität einsteigen und den Weg zu einer echten Volkspartei weiter beschreiten können.

Was wir leider seit unserem Einzug feststellen mussten, ist, dass alle unsere Initiativen mit hanebüchenen Argumenten oder einfach kommentarlos abgewiesen werden. Doch die AfD wirkt, denn wenig später sieht man unsere Initiativen in abgewandelter Form bei den Kartellparteien. Da das Wohl der Bürger unser übergeordnetes Ziel ist, können wir das akzeptieren, doch werden wir immer wieder darauf hinweisen, dass die Initialzündung von uns kam.

Während der letzten zwei Jahre waren wir immer und immer wieder der Stachel in der Wunde der Kartellparteien. Insbesondere den Selbstbedie-

nungsladen der CSU in Bayern konnten wir nachhaltig schließen. Hier möchte ich die Leser nochmals an die CSU-Maskenaffäre erinnern. Früher ließen sich die Amigos der Union mit Geld aus U-Boot-Geschäften kaufen, heute fließt Schmiergeld für Masken aus China. Wie tief kann die ehemalige Volkspartei CSU eigentlich noch fallen? Ich bin mir sicher, Franz Josef Strauß würde heute auch AfD wählen.

Löwenherz: Wie bewerten Sie die politischen Entwicklungen der letzten zwei Jahre in Bayern und Deutschland?

Ulrich Singer: Wir hatten es in den letzten zwei Jahren mit einem harten Corona-Regime, schweren Grundrechtseingriffen und schlimmen Auswüchsen von Diskriminierung zu tun. Wir bekamen viele Hilferufe, zum Beispiel von Menschen mit Behinderun-

gen, die aus medizinischen Gründen keine Masken tragen konnten und aus dem gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen wurden. Mit Beginn der Impfkampagne wurde die Ausgrenzung noch schlimmer. Dass so etwas in der Bundesrepublik Deutschland möglich ist und auch noch von der Politik befeuert wird, zeugt von einer eklatanten Geschichtsvergessenheit.

Nur mit dem Druck der Straße konnten wir vorerst eine drohende allgemeine Impfpflicht in Deutschland stoppen. Dafür möchte ich mich aufrichtig bei den vielen mutigen Bürgern bedanken!

Derzeit besteht allerdings die Gefahr, dass die Bayerische Staatsregierung spätestens im Herbst wieder nach Belieben und Gutdünken Zwangsmaßnahmen erlässt. Das muss verhindert werden, und das geht nur mit einer starken AfD. Zu befürchten ist auch, dass die Politik der Ampel-Regierung als Blaupause für Einschränkungen im Rahmen eines ideologisch getriebenen Klimaschutzes dient.

Löwenherz: Nach zwei Jahren Ausnahmezustand sind wir nun mit einer weiteren Krise konfrontiert. Der Ukraine-Russland-Konflikt betrifft auch Deutschland in hohem Maße. Welche Lösungen würden Sie als praktikabel erachten?

Ulrich Singer: Hier kann es nur eine Lösung geben, nämlich Friedensverhandlungen. Die Lieferung von schweren Waffen in die Ukraine wird meiner Meinung nach den Krieg nur weiter befeuern und womöglich noch mehr Opfer fordern.

All die Sanktionen gegen Russland, die – von der EU diktiert – in Deutschland bereitwillig umgesetzt werden, schaden vor allem uns selbst im höchsten Maße. Die Ampel-Koalition will Deutschland offenbar komplett deindustrialisieren, und damit verstößt die Regierung gegen ihren Eid, der besagt, dass man Schaden vom deutschen Volke abwenden werde und dessen Nutzen mehren wolle.

Aber auch schon unter der Ära Merkel konnte man erkennen, dass der Amtseid zu einer hohlen Phrase verkommen ist. Diplomatie scheint auch kein Steckenpferd deutscher Politik mehr zu sein.

“

„Die AfD ist die einzige politische Kraft in Deutschland, die sich für eine vernünftige und heimatbezogene Politik für die bayerischen Bürger einsetzt!“

Die Deutschen sollen frieren, um Putin zu schaden. Ergibt das Sinn? Wohl kaum, wenn man bedenkt, dass beispielsweise 10 Milliarden Euro an deutschen Steuergeldern nach Indien geschickt werden für den „Klimaschutz“, aber Indien gleichzeitig der größte Abnehmer russischen Erdöls ist. Zudem wird Russland einfach neue Märkte erschließen, während bei uns die Industrie zum Erliegen kommt.

Es ist schwierig, hier die richtigen Antworten zu finden, aber ich bin der Meinung, dass wir primär auf unsere deutschen und bayerischen Interessen schauen müssen. Es braucht diplomatische Verhandlungen mit Russland, da es Frieden in Europa nur mit, aber nicht ohne Russland geben kann.

Löwenherz: Nächstes Jahr im Herbst endet diese Legislaturperiode. Was wollen Sie bis zur nächsten Landtagswahl noch erreichen?

Ulrich Singer: Die einzige Partei, die den links-grünen Zeitgeist von heute noch stoppen kann, ist unsere AfD! Wir stellen heimische Interessen und das Wohl der kommenden Generationen wieder in den Vordergrund und setzen uns mit viel Rückgrat und Verstand für die bayerischen Bürger ein.

Daher werden wir in den nächsten Monaten noch präsenter sein als bisher, um unsere politischen Ziele direkt vor Ort zu vermitteln. Unser mobiles Bürgerbüro und auch die Bürgerdialoge der Fraktion sind immer gut besucht. Wir erfahren großen Zuspruch, und hier können wir den Bürgern aufzeigen, warum es wichtig ist, ihre Stimme bei den nächsten Landtagswahlen der AfD zu geben.

Immer informiert!

Alle Termine und Informationen über unsere Arbeit finden Sie auf unserer Webseite unter:

www.afd-landtag.bayern





Ungeborene Kinder haben keine Lobby

Ampel-Regierung startet Angriff auf menschliches Leben



Jan Schiffers
jugendpolitischer
Sprecher

.....

Klartext
zum Thema
Abtreibung



Unsere Gegenwart ist geprägt von einer merkwürdigen Sicht auf das Leben und den Tod. In der Coronakrise wurden Freiheitseinschränkungen hingenommen und lauthals befürwortet – Menschen wurden zum vorgelassenen Schutz anderer gezwungen, Masken zu tragen, Corona-Tests und Impfungen über sich ergehen zu lassen, um das eigene Leben und das Leben anderer Menschen zu schützen. Hier galt das Recht auf Selbstbestimmung und körperliche Unversehrtheit, das im Grundgesetz verankert ist, plötzlich nichts mehr.

Das Recht auf den eigenen Körper

Bei anderen Themen betonen bestimmte Lobbygruppen, dass das Recht, über den eigenen Körper zu bestimmen, über allem stünde – sogar über dem Leben eines anderen (ungeborenen) Menschen!

Trotz mehrerer Reformen seit den 1970er Jahren ist bis heute der Schwangerschaftsabbruch verboten. Die Strafen liegen zwischen sechs Monaten und fünf Jahren. Allerdings wurde in den 1990er Jahren der Paragraph 218b hinzugefügt. Er regelt, dass unter bestimmten Umständen Schwangerschaftsabbrüche bis zur zwölften Woche nach der Empfängnis straffrei vorgenommen werden können. Voraussetzung für die Straffreiheit ist unter anderem die Vorlage eines Beratungsscheins.

Auch die Werbung für Schwangerschaftsabbrüche stand bis vor kurzem unter Strafe, wenn nicht strenge Vorgaben eingehalten wurden. Unter der neuen Bundesregierung wurde dieses Verbot, das eine Normalisierung und Verharmlosung des Schwangerschaftsabbruches verhindern sollte, gekippt: Mittlerweile hat der Bundestag die Abschaffung des Paragraphen 219b beschlossen. Dabei war darin sogar geregelt, dass Ärzte durch-

aus für ihr Angebot werben dürfen, Schwangerschaften abzuberechnen. Nur musste diese Werbung entweder in ärztlichen Fachzeitschriften erfolgen, oder es muss auf die geltende Rechtslage und die sich daraus ergebenden Bedingungen für die Vornahme eines Schwangerschaftsabbruchs hingewiesen werden. Werbung und Information waren also gar nicht verboten, sondern an strenge Vorgaben geknüpft.

Der Gesetzgeber wollte keine Werbung für den Schwangerschaftsabbruch an jeder Straßenecke, ohne dass darauf hingewiesen wurde, wo die rechtlichen Grenzen liegen. Es sollte der Schutz des ungeborenen Lebens im Vordergrund stehen. In der früheren Regelung sollte eine Banalisierung der Abtreibung durch anpreisende Werbung verhindert werden.

Ungeborene haben keine Lobby: Altparteien kippen Werbeverbot

Durch die Abschaffung des Werbeverbots ist leider klar: Ungeborene Kinder haben keine Lobby. Sie können sich nicht wehren, sind aber bereits menschliche Lebewesen. Es verdeutlicht den sittlichen Verfall unserer Gesellschaft, wenn der Tod ungeborenen Lebens ohne Einschränkungen propagiert werden darf.

Gerade die FDP betonte im Juli 2021, dass man an den Paragraphen 218 und 219 des Strafgesetzbuches nicht rütteln wolle, und nun kommt ausgerechnet von einem FDP-Minister der Entwurf für die Abschaffung des § 219a. Das zeigt vor allem eines: Die FDP ist eine Partei der Heuchler, die keinen moralischen Kompass mehr hat. Ich fordere, dass man verzweifelte Frauen bessere Perspektiven bietet, damit sie sich für das Leben entscheiden können, das in ihnen heranwächst.

Der § 219a war ein wichtiger Baustein für den Schutz des ungeborenen Lebens!

Depressionen bei Schülern immer häufiger Kindern Halt geben durch liebevolle Erziehung

Psychische Krankheiten wie Depressionen waren schon vor Corona ein massives Problem bei vielen Kindern und Jugendlichen. Aktuelle Studien belegen jedoch eine enorme Zunahme psychischer Auffälligkeiten aufgrund von Schulschließungen und Ausgangssperren. Ohne Zweifel müssen die Lehrer für das Thema sensibilisiert werden, doch ihnen wird auch sonst schon viel abverlangt. Die dürftigen Pläne der Staatsregierung bekämpfen nur die Symptome. Dies ist zwar besser als – wie in der Politik weit verbreitet – palliativ vorzugehen, doch sinnvoller wäre es, kausal zu therapieren.

Bei Kindern und Jugendlichen ist die Schule sehr häufig einer der auslösenden Faktoren für eine depressive Erkrankung. Die Depression ist in der Gesellschaft angekommen, aber die Gesellschaft ist der Grund für die Depression. Fremdbetreuung und ständig wechselnde Bezugspersonen in den ersten drei Lebensjahren sind schädlich für das Kindeswohl und wirken sich auch im weiteren Leben eines jungen Menschen negativ aus.

Eine Wurzel des Übels ist die antiautoritäre Erziehung, wie sie sich seit den späten sechziger Jahren ausgebreitet hat. Es werden keine sinnvollen Grenzen markiert, die Sicherheit geben würden. Das Erwachen ist bitter, wenn die Jugendlichen in einer beinhalten Leistungsgesellschaft schlecht vorbereitet aufschlagen. Mangelnde Resilienz, d.h. mangelnde psychische Widerstandsfähigkeit, führt dann zur Depression.



Oskar Atzinger
bildungspolitischer
Sprecher



Rückblick

Zwei Jahre Ausnahmesituation an den Schulen

Die Ausrufung einer Corona-Pandemie hat auch an unseren Schulen tiefgreifende Veränderungen herbeigeführt. Wiederkehrende Lockdowns führten zur Schließung der Schulen und zum Homeschooling, worauf weder Schulen noch Lehrer, Eltern und Schüler vorbereitet waren. Es fehlte an der technischen Ausstattung und vielfach auch an der Kompetenz der Lehrkräfte, Homeschooling ohne jede Vorbereitung durchzuführen. Eltern mussten plötzlich die Aufgaben der Lehrkräfte übernehmen. Insbesondere Kinder unter 14 Jahren hatten Probleme mit dem Unterricht zu Hause – es kam häufig zu familiären Spannungen und Konflikten. Sehr viele Mütter und Väter wussten nicht

mehr, wie sie den Alltag zwischen Homeschooling und Homeoffice in beengten Wohnverhältnissen und oft geplagt von existenziellen Sorgen und Problemen noch bewältigen sollten.

Manche Schüler konnten diese völlig veränderte Unterrichtssituation gut bewältigen, häufig waren Schüler und deren Eltern damit jedoch überfordert. Die Bildungsgerechtigkeit, die jedem Kind den gleichen Zugang zu Bildungsmöglichkeiten und zu schulischer Förderung ermöglichen soll, gab und gibt es nicht mehr. Die Lern- und Sprachdefizite bei vielen Schülern sind erschreckend, und diese Bildungsrückstände, insbesondere in der Grundschule, werden die Kinder noch lange begleiten. Die Auswirkungen auf die psychische und

körperliche Gesundheit unserer Kinder sind katastrophal: übermäßiger Medienkonsum, Vereinsamung durch Kontaktbeschränkungen, die die Alltagsstruktur für die Kinder komplett verändert haben, Übergewicht infolge des Bewegungsmangels. Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien hatten besonders mit den allgemeinen Einbußen an Lebensqualität zu kämpfen, behinderte Kinder wurden ihrer Förderung beraubt. Lehrkräfte als Vertrauenspersonen für viele Schüler fielen in dieser hochproblematischen Lebensphase für die Kinder einfach aus. Besonders wirken sich die Folgen der Pandemie auch auf die Vorschulkinder aus. Sprachliche, motorische und sozial-emotionale Defizite häufen sich, wie Kinder- und Jugendärzte in Schuleingangsuntersu-



chungen, soweit diese überhaupt noch stattfanden, feststellen mussten. Sehr viele Vorschulkinder wurden ohne diese Untersuchungen eingeschult – und damit ohne Feststellung, ob sie für den Unterricht überhaupt geeignet sind oder einer besonderen Förderung bedürfen.

Test- und Maskenzwang, Hygieneterror und Diskriminierung ungeimpfter Kinder haben die Schule für viele Schüler zu einer Horroreinrichtung gemacht. Kinder wurden verängstigt und gezwungen, sich widerspruchslos dem Testirrsinn anzupassen und ihre Gefühle zu unterdrücken. Kinder wurden hinter der Maske sprach- und empathielos. Wundert es, dass die Stationen für Kinderpsychologie übervoll sind? Kinder mussten Tag für Tag beweisen, dass sie gesund sind. Kinder wurden von Politikern als Pandemie-treiber beschimpft und ständig verdächtigt, eine tödliche Krankheit zu verbreiten. Ohne jede wissenschaftliche Grundlage wurden Maßnahmen

gegen die Kinder an den Schulen willkürlich festgelegt.

Kinder brauchen keinen Abstand und keine Maske. Kinder brauchen Mimik, Berührung, Lächeln, Wertschätzung, Förderung und Achtung. Und es ist die große Verpflichtung unserer Gesellschaft, den Kindern all das zu geben.

Die AfD steht für eine maßvolle Politik und hat sich während dieser schwierigen Phase stets für sinnvolle und angemessene Maßnahmen an den Schulen eingesetzt. Mittlerweile wird unsere Kritik an der Corona-Schulpolitik von vielen Experten wie dem Direktor der Poliklinik der Kinder- und Jugendmedizin der Universität Dresden, Reinhard Berner, bestätigt. So zeigte ein Vergleich der Inzidenzen bei Minderjährigen in der Schweiz und Deutschland keinen signifikanten Unterschied – obwohl in unserem Nachbarland die Schulen und Kitas seit Anfang 2020 nur für acht Wochen ganz oder teilweise geschlossen wurden.

In Deutschland waren es 38 Wochen. Die Schulschließungen waren epidemiologisch also völlig nutzlos. Berners Untersuchung, die sich auf mehrere Studien zur Wirksamkeit des Masken-Tragens an Grundschulen stützt, belegt auch die Wirkungslosigkeit des Masken-Zwangs für die Kinder.

Die Erkrankungen, Bildungsdefizite und emotionalen Schädigungen unserer Jugend sind durch nichts zu rechtfertigen. Es bedarf nun einer gründlichen Aufarbeitung dieser katastrophalen Politik und vor allem eines entschlossenen Einsatzes, um die medizinischen, psychologischen, pädagogischen und sozialen Folgen zu bewältigen. Unsere Jugend hat jetzt jede Hilfe verdient!



Dr. Anne Cyron
familienpolitische
Sprecherin

Unsere mobilen Bürgerbüros

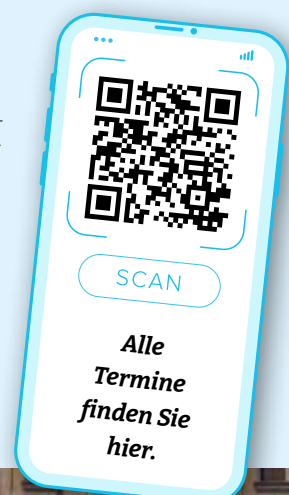
Für Sie vor Ort

Ganz nah am Bürger sein – das ganze Jahr über. Das ist unser Anspruch! So verfügt die AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag auch über zwei „mobile Bürgerbüros“!

Die Fraktions-Mobile sind Ihr „direkter Draht“ zu uns bei allen Fragen, Anregungen und Anliegen zu unserer parlamentarischen Arbeit.

Die Termine, wann ein „mobiles Bürgerbüro“ in Ihre Stadt kommt, finden Sie auf unserer Homepage sowie auf unserer Facebook-Seite.

Kommen Sie gerne vorbei!
Wir freuen uns auf Sie!



Vom Ringen der Bürger um Wahrheit und Selbstbestimmung

„Niemand hat die Absicht, eine Impfpflicht einzuführen“

„Keiner muss geimpft werden“, sagte Markus Söder im Mai 2021. Ähnlich äußerte sich im vergangenen Jahr das gesamte politische Establishment. „Wir haben zugesagt, dass es keine Impfpflicht geben wird“, versicherte die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel. „Niemand, der Verantwortung trägt“, wolle eine Impfpflicht, bekräftigte auch Wolfgang Schäuble. Jens Spahn hatte dem Bundestag sogar „sein Wort gegeben“. In dieser Pandemie werde es keine Impfpflicht geben. Selbst der jetzige Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach hielt eine Impfpflicht für unnötig und außerdem nicht durchsetzbar. Denn: „Zum einen haben wir versprochen, dass es keine Impfpflicht gibt, und daran muss man sich als Staat dann auch halten. Zum zweiten, wir können das auch ohne Impfpflicht schaffen [...]“

Wer fühlt sich angesichts solcher Zitate nicht an Walter Ulbrichts berühmten Satz „Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu bauen“ erinnert? Wenige Wochen, nachdem der DDR-Staatsratsvorsitzende am 13. August 1961 sein klassisches Beispiel einer dreisten Politikerlüge vor der Weltpresse von sich gegeben hatte, wurde mit dem Mauerbau begonnen.

„Unsere“ Politiker des herrschenden Parteienkartells brauchten einige Monate länger, um mit ihrem historischen Wortbruch in die Geschichte einzugehen. Aber der SED-Chef und kommunistische Diktator musste nicht fürchten, abgewählt zu werden. Wir leben hingegen noch in einer Demokratie, auch wenn viele Bürger mittlerweile – aus verständlichen Gründen – um deren Fort-

bestand besorgt sind. Anders als in der DDR gibt es heute eine politische Alternative, die für die Stärkung der Bürgerrechte eintritt. Eine Impfpflicht gegen Corona ist für die AfD aus medizinischen und verfassungsrechtlichen Gründen undenkbar. Das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit ist nicht verhandelbar.

Auch epidemiologisch kann eine Impfpflicht nach allem, was wir heute über das Coronavirus wissen, aus drei Gründen nicht sinnvoll vertreten werden:

Erstens ist das Virus für den allergrößten Teil der Bevölkerung wenig gefährlich. Dies gilt erst recht für die



Omikron-Variante. Eine Impfpflicht wäre aber, wenn überhaupt, nur dann diskutabel, wenn ein Krankheitserreger erheblich mehr Todesopfer als z.B. eine gewöhnliche Grippewelle fordern würde. Zwar hat es in den Jahren 2020 und 2021 eine gewisse Übersterblichkeit gegeben, aber es ist noch nicht geklärt, inwiefern dabei Vorerkrankungen, bzw. Todesfälle nur „mit“ und nicht „an“ Corona, die zunehmende Alterung der Bevölkerung und Todesfälle durch die Impfung zusammenwirkten. Demgegenüber hat sich längst gezeigt, dass die immensen Schäden der Lockdowns und anderer Maßnahmen deren – allenfalls geringfügigen – Nutzen bei weitem überwiegen. Laut dem Epidemiologen Prof. John P.A. Ioannidis von der Stanford University „sind die Kollateralschäden mehr und schwerwiegender als die Auswirkungen der Pandemie.“ So seien Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger global stark angestiegen. Auch psychische Erkrankungen, Alkoholismus, häusliche Gewalt und Suizide hätten infolge der Lockdowns enorm zugenommen. Eine ganze Generation von Schülern sei massiv geschädigt worden.

Zweitens müsste ein wirksamer Impfstoff verfügbar sein. Dieser sollte nicht nur die Geimpften zumindest vor schweren Infektionen sicher schützen, sondern auch die Übertragung des Virus effektiv unterbinden. Für eine Impfpflicht kann in einem freiheitlichen Rechtsstaat nur aufgrund einer höheren Ansteckungsgefahr durch Ungeimpfte argumentiert werden. Selbstverständlich muss diese nachweislich gegeben sein – nicht bloß in manipulierten Zahlen des Bayerischen Landesamtes für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit sowie in irreführenden Tweets des bayerischen Ministerpräsidenten: Söder hatte am 18. November 2021 behauptet, dass die Inzidenz von Geimpften bei 110, die von Ungeimpften hingegen bei 1.469 liege. Jedoch waren dabei Tausende Fälle mit ungeklärtem Impfstatus pauschal den Ungeimpften zugerechnet worden. Ein erwachsener Mensch darf nicht

zum Selbstschutz gezwungen werden – sonst müsste man womöglich auch Alkoholenuss und ungesunde Ernährung verbieten –, sondern lediglich zur Achtung der berechtigten Interessen seiner Mitmenschen.

Drittens muss die Impfung sicher sein. Schwere Nebenwirkungen dürfen nur weitaus seltener als Erkrankungen infolge einer Infektion auftreten. Spätfolgen müssen nahezu völlig ausgeschlossen werden können. Dazu gehören auch Veränderungen auf genetischer Ebene; selbst dann, wenn sie nicht zu merklichen Schädigungen führen. Das Recht auf körperliche Unversehrtheit umfasst auch die genetische Mikrostruktur des Körpers.

Diese Sicherheiten sind bei den derzeit verwendeten Corona-Impfstoffen, insbesondere bei den neuartigen mRNA-Vakzinen, nicht hinreichend gegeben. Schwere, bisweilen tödliche Nebenwirkungen wie Thrombosen, Herzmuskel- und Herzbeutelentzündungen sind weitaus häufiger als bei anderen Impfstoffen festgestellt worden. Die Europäische Arzneimittel-Agentur EMA listete Mitte Februar (Stand vom 11.2.2022) mehr als 1,5 Millionen (1.505.773) Verdachtsfälle auf Impf-Nebenwirkungen auf. Davon wurde fast ein Drittel (32,3 Prozent bzw. 487.004 Fälle) als schwerwiegend klassifiziert. Datenanalysten kamen bei einem Vergleich der COVID-19-Vakzine mit der üblichen Grippe-Impfung zu dem Ergebnis, dass die Wahrscheinlichkeit einer schwerwiegenden Nebenwirkung bei ersteren 98-mal höher sei als bei letzterer. Sogar die Wahrscheinlichkeit eines Todesfalls habe sich um das 53-fache erhöht. Und bei diesen Zahlen muss aufgrund der Nichtmeldung zahlreicher Fälle – zumal in Deutschland – noch von einer Dunkelziffer von 94 Prozent ausgegangen werden. Vor allem junge Menschen sind von Impfschäden betroffen, die auch deswegen nicht in Kauf genommen werden dürfen, weil Kinder und Jugendliche durch eine Corona-Infektion nur sehr selten ernstlich

gefährdet sind. Das Risiko der Impfung darf schließlich nicht höher sein als das einer Erkrankung. Der Vorsitzende der Ständigen Impfkommision, Thomas Mertens, hatte daher im Dezember letzten Jahres noch gesagt, dass er sein eigenes Kind nicht impfen lassen würde. Wie können Bundes- und Staatsregierung dann aber Millionen Minderjährigen die Impfung aufdrängen?

Für die AfD war es ein großer Erfolg, dass alle Versuche, eine allgemeine Impfpflicht einzuführen – auch eine „abgemilderte“ Variante nur für Menschen ab 60 Jahren – bei den Abstimmungen am 7. April im Bundestag scheiterten. Die Ampel-Regierung hatte nicht mit dem monatelangen, starken Widerstand aus der Bevölkerung – und zunehmend auch dem Einspruch von Medizinern, Epidemiologen und Virologen – gerechnet. So forderten mehr als 550 Ärzte Ende Januar in einem Offenen Brief die Bundesregierung auf, ihren Plan einer Impfpflicht aufzugeben. Statt dieser „stehen mildere, mit weniger Kollateralschäden einhergehende Möglichkeiten der Eindämmung von Infektionserkrankungen zur Verfügung.“ Die politische Überschätzung der Impfstoffe in ihrer Wirksamkeit hinsichtlich Infektionsmöglichkeit, Viruslast, Verbreitungsmöglichkeit und Ausbildung möglicher Symptome führe zu einer Scheinsicherheit in der Bevölkerung, die negative Folgen für das Ausbreitungsgeschehen habe. Die mutigen Mediziner finden deutliche Worte: „Gebieten Sie der menschenverachtenden Diskriminierungswut Einhalt. Der gesellschaftliche Umgang mit Menschen darf weder vom Geschlecht, der Hautfarbe, der sexuellen Ausrichtung noch von Erkrankungen oder vom Impfstatus abhängig gemacht werden. Die Stigmatisierung und Drangsalierung von Menschen, die Ängste und Bedenken gegen einen mRNA-Impfstoff haben und ihre Entscheidungen aus unterschiedlichsten Gründen treffen, muss ein Ende haben.“



Andreas Winhart
Parlamentarischer
Geschäftsführer und
gesundheitspolitischer
Sprecher

Aus dem Plenum:
NEIN zur
Impfpflicht



Leider ist das Bundesverfassungsgericht dieser Argumentation in seiner Entscheidung zur einrichtungsbezogenen Impfpflicht nicht gefolgt. Am 20. Mai erklärte es eine Impfpflicht für Angehörige der pflegenden Berufe für verfassungskonform. Für die betroffenen Ärzte, Krankenschwestern und Altenpfleger, die sich weiterhin keiner experimentellen Gen-Therapie unterziehen wollen, kommt das einem Berufsverbot gleich.

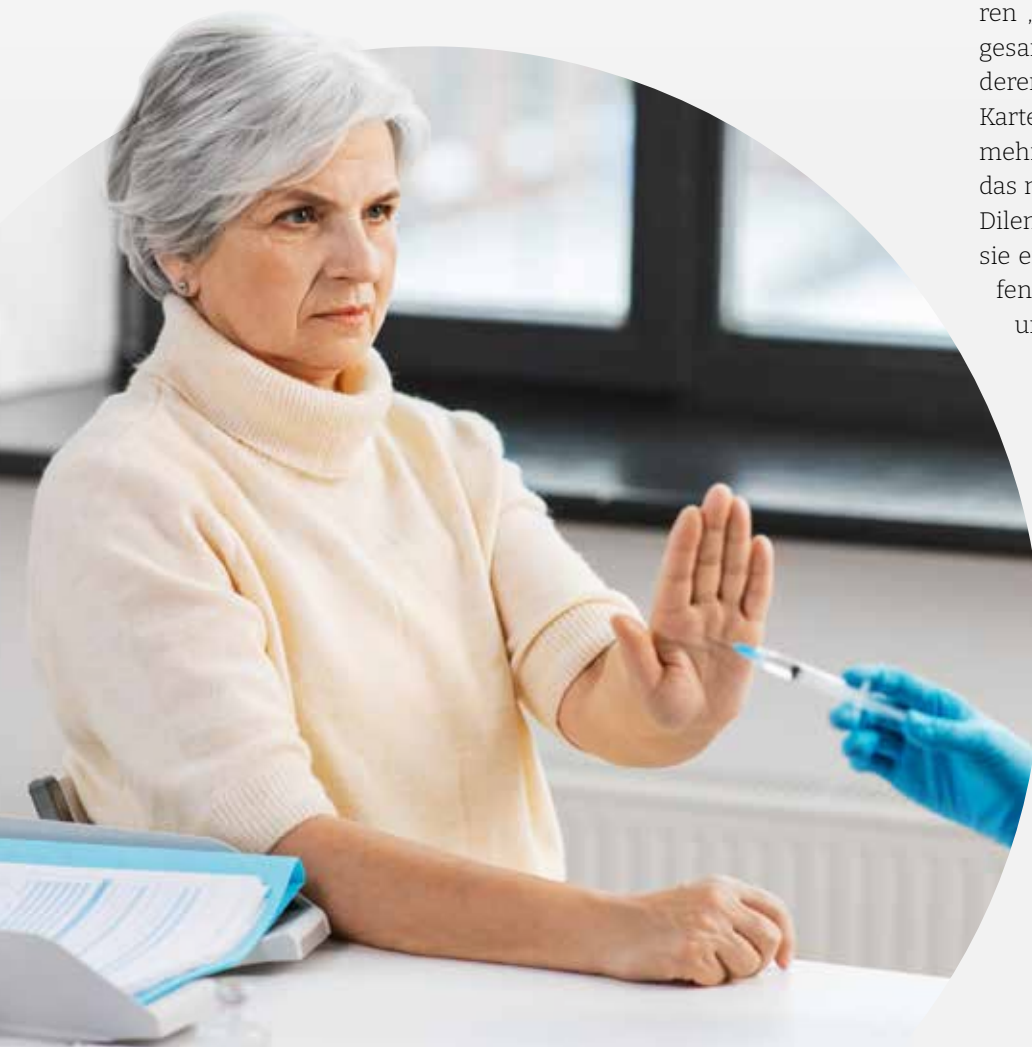
Bislang hat die Bayerische Staatsregierung diesen partiellen Impfwang – unter dem wütenden Protest von Lauterbach – ausgesetzt. Zu groß wurde der öffentliche Druck, und zu eindringlich sind die Warnungen vor einem Zusammenbruch der Gesundheitsversorgung, sollten viele Pflegekräfte ihre Arbeitsstelle kündigen. Söders Einknicken ist ein großer Erfolg der Bürger, die trotz permanenter Einschüchterungs- und Diffamierungskampagnen in den vergangenen Wochen zu Hunderttausenden auf die Straße gegangen sind. Und es ist auch ein Erfolg der AfD, die als einzige Partei an der Seite dieser Bürger steht und damit für die Freiheit und Selbstbestimmung aller Bürger eintritt, ob sie sich impfen lassen möchten oder nicht.

Allerdings ist die Söder-Regierung nicht prinzipiell von ihrem Plan einer Impfpflicht abgewichen. Im Gegenteil: Sie wirft der Bundesregierung lediglich vor, diese nicht konsequent genug zu vertreten. Das vordergründige Kalkül der CSU lautet: Die einrichtungsbezogene Impfpflicht wäre gar nicht mehr „nötig“, wenn ohnehin alle Bürger zwangsweise geimpft würden. Dann gäbe es für Ärzte und Pflegende, die sich nicht impfen lassen möchten, keinen Grund mehr, ihren Beruf zu wechseln. Die Politik der Staatsregierung erweist sich einmal mehr als zynisch, brutal und verantwortungslos.

In der „Logik“ von Söders permanenter Panik-Inszenierung und seiner angemaßten „Retter“-Rolle muss zumindest an einer abgemilderten Impfpflicht festgehalten werden, um die fortwährende Gefährlichkeit des Virus zu betonen und die Verwüstungen der Corona-Politik propagandistisch zu rechtfertigen. All die vernichteten Existenzen, die Leiden der Bevölkerung, die Zunahme von Depressionen und anderen Erkrankungen infolge der staatlich verordneten Maßnahmen – und nicht zuletzt auch die zerrütteten Staatsfinanzen – müssen ja ihren scheinbaren „Sinn“ gehabt haben. Sonst bräche das gesamte Pandemie-Narrativ zusammen. Andererseits wollen die CSU und die anderen Kartellparteien aber verhindern, dass noch mehr Bürger auf die Barrikaden gehen und das nächste Mal die AfD wählen. Dies ist das Dilemma, vor dem sie nun stehen, nachdem sie einen derart gigantischen Scherbenhaufen angerichtet hat. Daher wird weiterhin um eine Impfpflicht in irgendeiner Form gerungen. Für Söder und sämtliche Kartellparteien, die die verheerende Corona-Politik zu verantworten haben, steht viel auf dem Spiel.

Für uns als AfD sind solche taktischen Spiele gleichgültig.

Uns geht es um die Freiheit und Gesundheit der Bürger. Deshalb treten wir jeder Art von Impfpflicht, von direktem oder indirektem Impfwang, mit aller Entschiedenheit entgegen.





AfD fordert Änderung des Pflege- und Wohnqualitätsgesetzes

Seniorenheime müssen besser überprüft werden

In den letzten Monaten kamen immer mehr Skandale in Alten- und Pflegeheimen ans Licht. Den ersten großen Aufschrei gab es, als der Pflegeskandal in Schliersee (Kreis Miesbach) bekannt wurde. Es folgte ein weiterer Fall in Augsburg. Wunden seien nicht versorgt und falsche Medikamente verabreicht worden. Auch die Ernährung der Senioren und generell die Hygiene sowie Pflege sollen vernachlässigt worden sein.

Diese Vorfälle und die Diskussion im Landtag bestätigten den Verdacht, dass ein wesentliches Problem die Bündelung von Aufsicht und Beratung an einer Stelle ist. Es ist nicht sinnvoll, dass die Behörde, die überprüft und gegebenenfalls sanktioniert, dieselbe ist, die vorher beraten und zur Qualitätsverbesserung beitragen soll. Hierbei ist nicht auszuschließen, dass es zu Interessenkonflikten kommt. Zwar hat das Gesundheitsministerium das Problem erkannt, doch letztlich kann man davon ausgehen, dass es wieder zu bürokratischen und hochkomplizierten „Lösungen“ kommen wird.

Das größte Problem aber ist der Mangel an Pflegekräften, der sich immer weiter

verschärft – nicht zuletzt aufgrund der grundrechtswidrigen Impfpflicht im Gesundheitsbereich und der teilweise nicht sehr arbeitnehmerfreundlichen Arbeitsbedingungen.

Wir wollen sowohl dem Pflegepersonal als auch den Pflegebedürftigen helfen, und aus diesem Grund streben wir eine Erweiterung des Pflege- und Wohnqualitätsgesetzes an. Das Gesetz soll um einen Artikel erweitert werden, der die Aufsicht und Mängelanordnung von der Beratung trennt, indem wir die räumliche Zuständigkeit verändern. Zudem soll schneller eingegriffen werden können, wenn es Missstände gibt,

weswegen wir die Einsetzung einer kommissarischen Leitung zeitlich enger gefasst haben.

Wir sind davon überzeugt, dass die Pflegebedürftigen in stationären Einrichtungen in Bayern durch unsere Gesetzesänderung mehr Sicherheit und Lebensqualität haben werden. Unser oberstes Ziel ist es, konstruktive Lösungen anzubieten, die im Interesse der bayerischen Bürger sind.

„**Menschen dürfen nicht zu Schaden kommen, weil Altenheime nicht genügend überprüft werden**“



Roland Magerl
pflegepolitischer
Sprecher

Rede im Plenum:
Vertrauen ist gut -
Kontrolle ist besser



Untersuchungsausschuss „Maske“

Die Wahrheit hinter verschlossenen Türen

Mit großem Getöse kündigte Ministerpräsident Markus Söder Anfang 2021 seine Maßnahmen für mehr Transparenz in der bayerischen Politik, besonders in der CSU, an. Doch was sich im ersten Moment nach einem Sieg für Demokratie und Informationsfreiheit anhörte, erweist sich nun – über ein Jahr später – im Untersuchungsausschuss „Maske“ des Bayerischen Landtags als gut durchdachtes, perfide eingefädelt Luftschloss. Geht es um das Aufdecken von Fehlverhalten der Akteure oder um das Verstecken – man möchte sagen Vergraben – von vielleicht sogar strafrechtlich relevantem Fehlverhalten der Beteiligten? Geht es um das Finden der Wahrheit oder um die Legitimation von Ausreden? Oder ganz im Sinne der Demokratie gefragt: Wird im Ausschuss Politik für Sie, den Bürger, oder zum Schutz der etablierten Regierungsparteien gemacht?

Klar ist, dass die Regierung bei einer gründlichen, öffentlichen Aufarbeitung der Deals um überbeuerte oder gar minderwertige Masken, Schutzkitel oder Face-Shields viel zu verlieren hat. Ein Ausschuss, der mit der Aufklärung dieser Sachverhalte betraut

ist, könnte dort wahrlich den Erkenntnisgewinn fördern. Doch um welchen Preis? Einen Preis, der nicht nur Söders angeschlagene CSU, sondern auch die zerstrittene Koalition mit Aiwangers Freien Wählern demaskieren würde. Präsentiert sich der stellvertretende Ministerpräsident Aiwanger zwar stets rechtschaffen und seriös, so wird doch schon nach den ersten Zeugeneinvernahmen klar: Die Regierung hat Sie, die Bürger, seit zwei Jahren durchweg belogen – und das in einem Ausmaß, das selbst im korrupten CSU-Land außergewöhnlich ist.

Was bringt die Maske wirklich?

Als Begründung für die abnormen Preise – wir reden von bis zu knapp 10 Euro pro FFP2-Maske – sagte die Regierung immer, dass es wichtig gewesen sei, Masken zu tragen, denn diese wären der einzige Schutz vor dem sonst todbringenden Virus. Zuerst erzählte man Ihnen, dass es das Wichtigste sei, wenn Sie Ihren Mund mit Stoff bedecken würden. Dann musste es eine medizinische Maske sein, und schlussendlich konnte für über ein Jahr nur noch eine FFP2-Maske Ihre Sicherheit in Bayern gewährleisten.

Man rechtfertigte also all das, diese ganze Beschaffungsstrategie und die Milliardenausgaben, mit dem Argument, dass Masken für den Gesundheitsschutz unerlässlich wären. Ein weiteres Märchen, welches – ohne Bericht des bei der Zeugeneinvernahme anwesenden Staatsrundfunks – vom zuständigen Spezialisten im Bayerischen Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, zwei Monate nach dem Wegfall der Maskenpflicht, im stillen Kämmerlein zerlegt wurde. Dieser Zeuge hatte den Mut, dem Untersuchungsausschuss genau die gleiche wissenschaftliche Expertise vorzuhalten, wie es die AfD von Anfang an tat: Eine FFP2-Maske schützt den Bürger nicht vor der Ansteckung, weder den Träger selbst noch andere. Betroffenheit in den Gesichtern der Anwesenden machte sich bemerkbar, als man begriff, was diese Experten-aussage politisch bewirken könnte. Insbesondere die Vertreter der Kartellparteien im Ausschuss konnten gar nicht schnell genug das Thema wechseln. Das, was der Zeuge sagte, war die fachmännische Klarstellung, dass insbesondere die FFP2-Maskenpflicht nur dazu geführt hat, dass Millionen Menschen über ein Jahr lang schlechter Luft bekommen haben. Einen Schutzeffekt allerdings konnten die Masken den Menschen nicht bieten.

Doch über all das erfahren Sie nichts durch die etablierten Medien. Geschickt wird versucht, den eigentlichen Skandal unter der Affäre der überbeurten Beschaffungen zu verbergen: Es gab nie einen Grund zur Panik!



Gerd Mannes
stv. Vorsitzender
und Mitglied im
Untersuchungs-
ausschuss „Maske“



Jan Schiffrers
stv. Mitglied im
Untersuchungs-
ausschuss „Maske“

Das, was man übereilt zusammengekauft hat, war allenfalls ein teures Placebo-Pflaster, welches die selbst inszenierte Panik wieder etwas lindern sollte.

Was Ihnen verschwiegen wird

Für die CSU ist der Untersuchungsausschuss vor allem eine Schadensbegrenzung. Es läuft wie immer in der Kartellparteien-Landschaft: Wird ein Korruptionsskandal bekannt, werden zwei oder sogar drei CSU-Granden an den Pranger gestellt, in den Ruhestand oder auf einen gutbezahlten Abschiebe-Posten versetzt; die Staatsmedien berichten treuherzig, wie gut man den Skandal intern aufgearbeitet habe, und alles ist wieder gut. Doch das wird mit der AfD im Landtag nicht länger funktionieren! Neben den großen bekannten Fällen um Andrea Tandler, Alfred Sauter und Dr. Georg Nüsslein haben sich noch viele weitere Amigos an unserem Steuertopf bedient. Für uns steht insbesondere die Aufklärung dieser Sachverhalte im Zentrum. Es geht hier nicht, wie bei den Vertretern der SPD, um die Außenwirkung und Profilierung.

Es geht um harte Aufklärungsarbeit und letztlich das Sichern von Steuergeld, das sonst in die Taschen krimineller Trickbetrüger, Aiwanger-Kumpane oder anderer Korruptionsprofiteure rutschen würde. Nur durch konsequentes Verfolgen jedes Fehlverhaltens kann man effektiv verhindern, dass CSU-Funktionäre den Staat weiterhin nur als Beute begreifen.



Ein Gespenst kehrt zurück

Inflation so hoch wie seit fünfzig Jahren nicht mehr



Katrin Ebner-Steiner
finanzpolitische
Sprecherin

Inflation! Plötzlich ist sie wieder in aller Munde. Der Diebstahl ohne einen einzelnen Langfinger, aber mit Millionen Opfern; die Geldentwertung, die so heimtückisch abläuft, dass man erst beim wöchentlichen Einkauf merkt, wie sehr man bestohlen wurde. Von ihr profitieren am Ende nur wenige – neben dem Staat, der die Druckerpresse angeworfen hat, vor allem windige Investoren und Spekulanten. Der große Rest der Bevölkerung verarmt, verzichtet anfangs auf Urlaubsreisen oder gutes Essen und schließlich auf warme Mahlzeiten oder Bücher.

Unsere Großeltern kannten das schreckliche Werk noch; in den zwanziger Jahren mussten sie mit Schubkarren wertloses Papiergeld in die nächste Bäckerei transportieren, um noch einen Kanten Brot zu erwerben.

Weite Teile Deutschlands blieben verarmt und verbittert zurück.

Ein historisches Trauma, das erklärt, warum die junge Bundesrepublik von Anfang an mit der D-Mark auf Geldstabilität setzte. Nie wieder sollte sich diese Katastrophe wiederholen. Denn Inflation ist kein Schicksal – sie wird ausgelöst durch eine verantwortungslose Politik, die versucht, ihre Probleme durch eine laxen Geldpolitik zu lösen. Im Klartext: Wer die Druckerpresse anwirft und mit billigem Geld dauerhaft die Märkte flutet, nimmt sehenden Auges die Verarmung all derer in Kauf, die mit Sparsamkeit und Fleiß versuchen, für die Zukunft vorzusorgen. Dafür verantwortlich ist heute vor allem die Europäische Union. Die Europäische Zentralbank ist zwar noch in Frankfurt ansässig, hat sich aber längst von einer deutschen Geldpolitik verabschiedet. Stattdessen soll mit möglichst niedrigen Zinsen die europäische Wirtschaft irgendwie wettbewerbsfähig gehalten werden – zum Nachteil der deutschen Sparer. Die CSU arbeitet daran nicht nur stillschweigend mit. CSU-Vize Manfred Weber ist Fraktionsvorsitzender der EVP, der angeblich „konservativen“ Fraktion im Parlament. Gar nicht konservativ ist sein Abstimmungsverhalten, denn wenn mal wieder Milliarden-gelder von Nord nach Süd umgeleitet werden sollen, ist Weber eigentlich immer vorne mit dabei. Auch Markus Söder hält sich mit Kritik an der EZB und ihrer Geldpolitik sorgfältig zurück. Zwar fordert er die EZB zu einer Zinserhöhung auf – einen eigenen Antrag im Bundesrat will er jedoch nicht einbringen. Auf absehbare Zeit wird also am billigen Geld aus Deutschland keine Änderung kommen.

In unseren südlichen Nachbarländern hat man sich bereits vor langer Zeit auf eine derartige Politik eingestellt. Deswegen leben Italiener, Spanier, Rumänen, Kroaten oder Portugiesen häufiger in ihren eigenen vier Wänden. Ein eigenes Häuschen, eine eigene



Wohnung sind Versicherung gegen Inflation und Altersvorsorge zugleich. In Deutschland lebt aber etwa die Hälfte der Bevölkerung zur Miete. Ein Erbe der frühen Bundesrepublik und ihrer stabilen Geldpolitik.

Diese Mieter trifft die Inflation nun doppelt, denn während die Miete steigt, steigen die Gehälter meist nicht gleich schnell. Doch auch dort, wo Mietendeckel und Mietpreisbremse den Anstieg verlangsamen, macht sich die Inflation bemerkbar. Hauseigentümern geht das Geld aus für die Instandsetzung, Renovierungen werden verschoben und Reparaturen abgesagt.

Gibt es ein Mittel, mit dem man sich vor einer derart sparer- und mieterfeindlichen Geldpolitik schützen kann? Ja,

es gibt sogar mehrere. Politisch muss die Währungsunion endlich auf den Prüfstand. Der Euro zwingt völlig unterschiedliche Volkswirtschaften unter ein währungspolitisches Dach – das kann nicht gut gehen. Wir setzen uns im Landtag dafür ein, dass die Vertreter Bayerns endlich im Bundesrat eine Initiative starten und Bundeskanzler Scholz unter Druck setzen. Durch die Mitwirkung der Länder an der Bundespolitik ließe sich immerhin ein deutliches Signal an die EZB senden.

Aber auch landespolitisch lässt sich bei uns in Bayern einiges bewegen, denn die niedrige Eigenheimquote in Deutschland ist tatsächlich ein Problem. Es muss gerade für Familien wieder möglich werden, von einem Einkommen Wohnraum für eine

menschenwürdige Unterbringung zu finanzieren. Deswegen fordern wir einen Kurswechsel: Statt mit einer schrankenlosen Politik des vorgeblich sozialen Wohnungsbaus immer neue soziale Brennpunkte zu schaffen und mit gesichtslosen Wohnblöcken unsere Städte in die Breite wachsen zu lassen, müssen Förderprogramme für junge Familien her, die mit von Land und Bund abgesicherten Krediten den Erwerb oder Bau von Eigenheimen möglich machen. Nur so bringen wir langfristig unsere eigenen Leute vor der brandgefährlichen Enteignungspolitik der EZB in Sicherheit und sorgen überdies für viel neue Zuversicht bei Familienvätern und -müttern. Das nimmt am Ende auch der Inflation wenigstens einen Teil ihres Schreckens.

AfD fordert Aberkennung

Söder soll die Bayerische Verfassungsmedaille zurückgeben!

Kein vernünftiger Mensch käme auf die Idee, die Bayerische Verfassungsmedaille jemandem zu verleihen, der wiederholt gegen die Verfassung verstoßen hat. Die vom Ministerpräsidenten Söder erlassenen Infektionsschutzmaßnahmen wurden jedoch vom Bayerischen Verwaltungsgerichtshof mehrfach für unwirksam erklärt. Gleich dreimal hat der Ministerpräsident seine Verfassungsverstöße gerichtlich bescheinigt bekommen! So war das Verbot von Ausflügen über einen Umkreis von 15 km vom Wohnort hinaus in „Hotspot-Regionen“ verfassungswidrig. Dasselbe gilt für die Ausgangsbeschränkungen im Frühjahr 2020 sowie für die 2G-Zugangsbeschränkungen im Einzelhandel, die ungeimpfte Personen diskriminierte. Das Gericht hat Söder seine verfassungs- und grundrechtsfeindliche Einstellung schriftlich attestiert. Wie kann ein notorischer Ver-

fassungsbrecher aber noch Träger einer Verfassungsmedaille sein? Markus Söder hat sich dieser Ehrung als unwürdig erwiesen. Die Auszeichnung eines Politikers, der die Werte unserer Verfassung mit Füßen getreten und die Spaltung unserer Gesellschaft massiv vorangetrieben hat, ist ein Hohn für alle verfassungstreuen Bürger in Bayern.

Die AfD-Fraktion hat daher im Landtag einen Dringlichkeitsantrag mit dem Titel „Politisches Zeichen setzen – Verleihung der Bayerischen Verfassungsmedaille an Dr. Markus Söder überprüfen!“ eingereicht. Wir haben die Landtagspräsidentin Ilse Aigner aufgefordert, dem Ministerpräsidenten die Verfassungsmedaille des Freistaates abzuerkennen. Wer so oft die Verfassung bricht, hat keine solche Auszeichnung verdient!



Christoph Maier
rechtspolitischer
Sprecher

Aus dem Plenum:
MP Söder die
Verfassungsmedaille
aberkennen!



Für Bayerns Bauern im Landtag

Faire Preise für gutes Essen

Unsere Landwirtschaft in Bayern sorgt dafür, dass wir mit hochwertigen regionalen Lebensmitteln versorgt werden. Die von unseren Bauern erzeugten Lebensmittel haben einen hohen Qualitätsstandard und unterliegen ständigen Kontrollen. Um diese Qualität weiterhin zu gewährleisten, müssen die Landwirte wieder mehr Wertschätzung erfahren – gerade in Zeiten drohender Nahrungsmittelknappheit auf den Weltmärkten. Im Zentrum unserer Politik steht deshalb die Unterstützung traditioneller Landwirte, die seit Generationen mit Tier und Umwelt umgehen und einen wertvollen gesamtgesellschaftlichen Beitrag für Bayern leisten.

EU-Zentralisierung und Bürokratisierung abbauen

Solange dieselben Produkte aus Nicht-EU-Ländern durch Freihandelsabkommen als Billigimporte

den EU-Markt überschwemmen, ist eine auskömmliche Wertschöpfung für unsere Landwirte kaum möglich. Damit die derzeitige Subventionspolitik der EU nicht weiter auf Kosten der Steuerzahler ausufert, fordern wir, die Zuständigkeit für die heimische Landwirtschaft wieder in die alleinige Verantwortung des Bundes und der Länder zu legen.

Ökologische und konventionelle Landwirtschaft nicht gegeneinander ausspielen

Die AfD lehnt es ab, konventionellen und ökologischen Anbau gegeneinander auszuspielen. Es gibt einen Markt für landwirtschaftliche Produkte aus konventionellem und ebenso für solche aus ökologischem Anbau. Die Entwicklung der ökologischen Landwirtschaft in ihren verschiedenen Formen neben der konventionellen Landwirtschaft bewirkt keine feindselige Konkurrenz, sondern ist eine sinnvolle Ergänzung. Einer ideologisch verordneten Zielquote für die ökologische Landwirtschaft erteilen wir eine klare Absage.

Das Essen kommt nicht aus der Steckdose

Nahrungsmittel-Erzeugung geht vor Energie-Erzeugung.

Die Förderung des Energiepflanzen-Anbaus wollen wir reformieren, da sie zu Wettbewerbsverzerrungen führt. Der Betrieb von Biogasanlagen sollte wieder dem ursprünglichen Zweck der Resteverwertung dienen und eine sinnvolle Einkommensalternative für landwirtschaftliche Betriebe sein.

Stärkung der Erzeuger in der Lieferkette

Nicht die Erzeuger von Nahrungsmitteln, sondern die Lebensmittel-Handelskonzerne diktieren mit ihrer Marktmacht die Preise, um die eigenen Gewinne auf Kosten der Landwirte zu maximieren. Wir möchten deshalb faire Bedingungen für die Erzeuger in der Lebensmittel-Lieferkette erreichen. Landwirte müssen gegenüber unlauteren Handelspraktiken von größeren Unternehmen des Lebensmitteleinzelhandels und der Lebensmittelverarbeitung geschützt werden. Insbesondere für kleinere landwirtschaftliche Betriebe bietet die Direktvermarktung die Chance, eine höhere Einkommenssicherheit zu realisieren. Daher wollen wir durch den Abbau bürokratischer Vorschriften sowie den Ausbau und die Vereinfachung von Fördermaßnahmen die Möglichkeiten der landwirtschaftlichen Direktvermarktung stärken.

Rede im Plenum:
Heimische
Landwirtschaft
endlich wieder stärken!



Ralf Stadler
landwirtschaftspolitischer
Sprecher

Energie für Bayern!

Sicher, günstig und technologieoffen

Die ideologisch verbohrt Energiewende mit dem Ziel eines abstrakten „Klimaschutzes“ gefährdet massiv die Energieversorgungssicherheit Bayerns, führt zu unbezahlbaren Strom- und Heizrechnungen und schadet unserer heimischen Natur.

Der Ausstieg aus grundlastfähiger und regelbarer Kern- und Kohleenergie zugunsten volatiler, unzuverlässiger Solar- und Windenergie wird in Bayern zu einer gewaltigen Kapazitätslücke von 4,5 GW führen. Im Winter müssen dann bis zu 80 Prozent des Stroms importiert werden.

Dadurch werden die Kosten für Netzstabilitätsmaßnahmen fast verdoppelt (bis zu 1,5 Mrd. Euro im Jahr 2025) und die Strompreise um 50 Prozent steigen!

Unsere bayerischen Wälder werden für Windparks abgeholzt, die jährlich Milliarden Tiere (einschließlich Insekten) töten. Solarparks heizen das Mikroklima deutlich auf. Und das, obwohl ein einseitiger Verzicht auf Öl, Kohle und Gas diese auf dem Weltmarkt nur billiger macht, also zum vermeintlichen „Klimaschutz“ nichts beiträgt (das sogenannte „Grüne Paradoxon“).

Die AfD-Landtagsfraktion will den Ausstieg aus der Energiewende erreichen und das energiepolitische Dreieck wieder herstellen. Dafür hat sie im Rahmen ihrer Winterklausur 2021/22 das ganzheitliche, faktenbasierte und zukunftsorientierte energiepolitische Positionspapier „Energie für Bayern: sicher, günstig und technologieoffen“ vorgestellt.

Kurzfristig (bis 2023) besteht unsere Agenda aus drei Hauptforderungen:

- der Aufstellung eines Blackout-Krisenplans;
- der Laufzeitverlängerung unserer Kernkraftwerke
- und einer massiven Steuerentlastung im Energiebereich.

Letztere umfasst die Senkung der Strom-, Energie- und Mehrwertsteuer auf Kraftstoffe und Energieträger, die Einführung von Steuerfreibeträgen für Strom- und Wärmeverbrauch, die Abschaffung der CO₂-Abgabe und die Erhöhung der Pendlerpauschale auf 40 Cent.

Mittelfristig (bis 2028) wollen wir für unsere heimische Biogasindustrie Bürokratie abbauen, mehr Gaskraftwerke in Betrieb nehmen und Gasimporte diversifizieren, den Kohleausstieg stoppen, neue Wasserkraftwerke errichten und die Geothermie unterstützen. Ein wesentlicher Baustein wird die Reform des EEG sein, so dass nur noch grundlastfähige und regelbare Energieerzeugung gefördert wird, was sowohl die Energieversorgungssicherheit erhöht als auch die Subventionen deutlich reduziert. An der 10-H-Regelung mit Bürgerbeteiligung halten wir fest.

Langfristig (bis 2033) wollen wir Bayern wieder energiesouverän machen, indem wir in die Forschung und Entwicklung der Kernfusion sowie von Kernreaktoren der neuesten Generation investieren, die sicheren und günstigen Strom produzieren und ihre abgebrannten Brennelemente wiederverwenden können. Dadurch kann das Entsorgungsproblem nachhaltig gelöst werden. Wir halten am hochtechnologischen Verbrennungsmotor mit seiner Innovationskraft und seinen Arbeitsplätzen in Bayern fest und unterstützen die Forschung an preisgünstigen synthetischen Kraftstoffen. Die EEG-Subvention werden wir abschaffen.

Als Ergebnis unserer Energiemarktreform werden die Spritpreise umgehend halbiert und die Strompreise sowie die Heizkosten um 40 Prozent gesenkt!



Gerd Mannes

stv. Vorsitzender
und energiepolitischer
Sprecher

.....

Aus dem Plenum:
Energiewende ist
eine tickende
Zeitbombe





Blau ist das neue Grün

Ganzheitlicher Naturschutz statt ideologischer Energiewende

Der Erhalt unserer schönen bayerischen Landschaften, die Bewahrung unserer natürlichen Lebensgrundlagen, der Schutz unserer vielfältigen Tier- und Pflanzenwelt – das ist für uns als freiheitliche und heimatverbundene Partei ein besonderes Anliegen. Wir verstehen ökologische Politik als ganzheitliche Aufgabe und reduzieren sie nicht auf Teilaspekte wie CO₂-Vermeidung und „Klimaschutz“. Die Politik muss der Komplexität der Wirklichkeit gerecht werden. Durch die einseitige Fixierung z.B. auf bestimmte „Klimaziele“ geraten andere, mindestens ebenso wichtige Aufgaben aus dem Blick. Oder es werden schwerwiegende Schäden achselzuckend in Kauf genommen.

Keine Aufweichung des Artenschutzes für den Windkraftausbau! 10H-Regel erhalten!

Ein Beispiel dafür ist der fanatische Eifer, mit dem der Ausbau der Windkraft betrieben wird. Nach dem Willen sämtlicher Kartellparteien, die mittlerweile vollständig die linksgrüne Agenda übernommen haben, soll jede verfügbare freie Fläche in Bayern mit Windrädern vollgestellt werden. Hubert Aiwanger, der Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, ist der Auffassung, dass drei Prozent unserer Landesflächen für den Bau von Windkraftanlagen geeignet sind. In Jahrhunderten gewachsene Wälder sollen für Windräder abgeholzt werden, die nur einen kleinen Bruchteil unseres Stromes erzeugen können. Für die Artenvielfalt wäre dies verheerend: Jahr für Jahr fallen der Windkraft rund 250.000 Fledermäuse und etwa 1.200 Tonnen Insekten zum Opfer.

Die Pläne der Staatsregierung, des Bundesverbandes Windenergie (BWE) und anderer Lobby-Organisationen wie Greenpeace und der Deutschen Umwelthilfe legen die Axt an den Artenschutz. Ihr Ziel ist es, insbesondere § 45 Abs. 7 Bundesnaturschutzgesetz

(BNatSchG) so zu ändern, dass der Ausbau der Windkraft zulasten des Natur- und Artenschutzes weiter vorangetrieben wird. Auch die Gesundheit der Menschen, die in der Nähe von Windkraftanlagen wohnen, spielt für die Wind-Lobbyisten keine Rolle. Daher wollen sie die bewährte 10H-Regel abschaffen, die einen Abstand mindestens der zehnfachen Höhe einer Windkraftanlage zu den nächsten Wohnsiedlungen vorschreibt.

Die AfD tritt diesen Bestrebungen im Landtag entschieden entgegen!

Entsorgungsproblematik von Windkraftanlagen endlich begegnen!

Ein weiteres, noch weitgehend ungelöstes Problem stellt die Entsorgung ausgedienter Windenergieanlagen dar. Ältere Modelle können oft noch in andere Länder, etwa der ehemaligen Sowjetunion, verkauft und dort installiert werden. Bei den technisch hochkomplexen neueren Anlagen ist dies meist unrentabel. Überdies ist der dortige Markt in absehbarer Zeit gesättigt. Die Entsorgungsproblematik nimmt infolgedessen weiter zu. Insbesondere die Verbundstoffe in den Rotorblättern lassen sich nur schwer oder gar nicht recyceln. Die Staatsregierung hat dazu bislang noch keine tragfähige Lösung vorgelegt. Ab 2025 wird laut Schätzungen des Bundesverbandes Windenergie e.V. mit einem Abriss von 1000 bis 2500 Windenergieanlagen pro Jahr gerechnet, was einer durchschnittlichen Müllmenge von 140.000 Tonnen allein durch die Rotorblätter entspricht. Der weitere ungebremste Ausbau der Windkraft wird zu einem ökologischen und – bei Kosten von ca. 30.000 Euro pro Windrad – auch zu einem finanziellen Desaster führen.

Wir haben die Staatsregierung daher aufgefordert, die Zahlen auf den Tisch zu legen: Wie viele Anlagen müssen in den kommenden Jahren rückgebaut werden? Welche Materialien fallen dabei an? Welches Konzept hat die

Staatsregierung zu deren Entsorgung erarbeitet? Welche Kosten fallen dabei voraussichtlich an, und wie werden sie finanziert?

Leider ist zu befürchten, dass die Staatsregierung weiterhin Wälder abholzt und Windräder aufstellt, ohne sich um deren Nutzen, Rentabilität und die ökologischen Folgekosten zu kümmern.

Umweltschutz bei unseren Bündnispartnern einfordern – Frackinggasimporte missbilligen!

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat gezeigt, dass es ein großer Fehler der Merkel-Regierung war, sich energiepolitisch von Russland abhängig zu machen. Um die russischen Gas-Importe zu reduzieren oder einen von Russland veranlassten Lieferstopp auszugleichen, setzt die Bundesregierung nun hektisch und konzeptionslos auf den Import von Frackinggas. Beim Fracking werden unter hohem Druck Millionen von Litern mit Chemikalien versetzten Wassers in den Untergrund gepresst. Dieser Vorgang erzeugt Risse im Gestein, so dass darin eingeschlossene Kohlenwasserstoffe wie Erdöl und Erdgas herausgelöst und zu Tage gefördert werden können. Zu den möglichen Folgen zählen Erdbebengefahren, Grund- und Trinkwasserkontamination sowie erhebliche Methan- und Kohlenwasserstoffemissionen in die Erdatmosphäre. Zusätzliche Umweltbelastungen ergeben sich aus dem Transport per LNG-Tankschiff über tausende Kilometer. Ökologisch ist dieses Verfahren nicht zu verantworten!

Landfill Mining (Deponierückbau) zur Flächen- und Rohstoffrückgewinnung

In Bayern gibt es 83 Standorte von Mülldeponien, die Methan und andere sekundäre Schadstoffe emittieren. Die Lagerung von umweltschädlichen Siedlungsabfällen kann jedoch keine

langfristige Lösung sein. Deponierückbauten – sogenanntes Urban Mining bzw. Landfill Mining – zur Gewinnung von Rohstoffen aus Müll werden in Bayern jedoch fast gar nicht durchgeführt. Dabei könnten durch den Rückbau von Abfalldeponien anderweitig nutzbare Flächen gewonnen, Umweltschäden beseitigt, Kosten durch die Überwachung und Nachsorge gespart und die Kreislaufwirtschaft durch die Gewinnung wertvoller Rohstoffe gestärkt werden. Wir haben die Staatsregierung daher aufgefordert, einen Bericht über die Chancen und den Nutzen von Landfill Mining vorzulegen und eine ökologische Bewertung durchzuführen, ob die Maßnahmen dem langfristigen Umweltschutz dienen.

Diesel rehabilitieren – NOx-Emittenten und Grenzwerte neu bewerten!

Neue Tests belegen, dass die NOx-Emissionen moderner Autos im realen Fahrbetrieb auf der Straße weit unter den Prüfstand-Grenzwerten liegen. Sie tragen kaum noch zur Stickoxidbelastung in Innenstädten bei. Namhafte Experten wie der Lungenspezialist Prof. Dr. Dieter Köhler und der Toxikologe Prof. Dr. Helmut Greim verlangen daher schon seit längerem eine Überprüfung der Grenzwerte – bislang jedoch erfolglos.

Insbesondere auf Betreiben der vorgeblich „gemeinnützigen“ Deutschen Umwelthilfe werden Auto- und vor

allem Diesel-Fahrer weiterhin an den Pranger gestellt und mit Durchfahrverboten in den Innenstädten drangsaliert. Dabei betätigt sich die Umwelthilfe auch als Lobby-Organisation im Dienst ausländischer Hybridfahrzeughersteller wie Toyota. Bayerische und deutsche Arbeitnehmer haben darunter zu leiden: So streicht allein BMW 6.000 Stellen in Deutschland. Auch Daimler plant, bis zu 20.000 Stellen abzubauen und stattdessen in Osteuropa und China zu produzieren. Überdies werden in den Zulieferfirmen der Automobilindustrie tausende Stellen wegfallen.

Die AfD-Fraktion hat die Staatsregierung daher aufgefordert, die Hauptemittenten und die Hintergrundwerte von NOx neu zu bewerten, klinische sowie toxikologische Studien zur Wirkung von Stickstoffdioxid in Auftrag zu geben und auf EU-Ebene eine Aussetzung der europäischen Luftqualitätsrichtlinie zu erwirken, bis fundierte Gutachten vorliegen. Weiterhin soll sie sich dafür einsetzen, dass der Deutschen Umwelthilfe die Gemeinnützigkeit aberkannt wird und ihr alle Zuwendungen aus dem Bundeshaushalt gestrichen werden.

Pariser Klimaabkommen aufkündigen – Zukunft sichern!

Die Pariser Klimavereinbarung sieht eine umfassende Verschiebung von Geldmitteln der hochindustrialisierten Länder hin zu unterentwickelten

Ländern vor. Diese Umverteilung ist angesichts der aktuellen schweren Krisen nicht mehr hinnehmbar. Der Handel mit CO2-Zertifikaten muss eingestellt werden! Er bewirkt einen Anstieg der Energiepreise, die den Industriestandort Bayern mit unverhältnismäßiger Härte trifft.

Eine klimaneutrale Transformation der gesamten Ökonomie ist utopisch und auf längere Sicht technisch nicht möglich. Immer mehr politische Vorgaben und ein immer stärker um sich greifender Bürokratismus lähmen unsere Wirtschaft. Längst befinden wir uns auf dem verhängnisvollen Weg in einen neuen planwirtschaftlichen Dirigismus. Freiheit und Wohlstand sind massiv gefährdet. Daher setzen wir uns im Landtag für einen Ausstieg aus dem Pariser Klimaabkommen ein.

Die verheerenden Naturzerstörungen in einstigen Ostblockstaaten haben gezeigt, dass Planwirtschaft und Umweltschutz nicht miteinander vereinbar sind. Effektiver, ganzheitlicher Naturschutz funktioniert nur im Rahmen einer ökologischen und sozialen Marktwirtschaft. Während die Kartellparteien unter dem Deckmantel eines ideologisierten Umweltschutzes den zentralistischen Umbau unserer Volkswirtschaft vorantreiben, tritt nur die AfD für die Versöhnung von Marktwirtschaft und Naturschutz ein.

Blau ist das neue Grün!

Unser Newsletter

Gerne wollen wir Sie regelmäßig über unsere Arbeit informieren und Ihnen Einblick in unsere Oppositionsarbeit im Bayerischen Landtag geben.

Anmelden können Sie sich unter
<https://www.afd-landtag.bayern/newsletter>





Statt Klimawahn der Kartellparteien

Echter Natur- und Umweltschutz – eine konservative Aufgabe

Klimadynamik ist ein globales Phänomen, das den Zeitgeist mehr bestimmt denn je: eine Dynamik, die es seit der Entstehung unseres Planeten gibt und noch lange geben wird. Bisherige Klimaveränderungen, die zu Warm- und Kaltzeiten führten, wurden bis vor einigen hundert Jahren allein durch natürliche Prozesse ausgelöst. Es waren terrestrische Prozesse wie Vulkanausbrüche oder extraterrestrische Vorgänge, wie die Milankovic-Zyklen und die solare Aktivität, die zu teils erheblichen Änderungen des Paläoklimas führten. Warmzeiten folgten auf Kaltzeiten und umgekehrt. Vor über 300 Millionen Jahren lagen CO₂-Konzentrationen häufig in der Nähe des einstelligen Prozentbereichs und waren Normalität. Das Klima war insgesamt zu ca. 60 Prozent der erdgeschichtlichen Zeit tropisch, die Pole lagen eisfrei. Tropische Urwälder bestimmten das Landschaftsbild. Sie bauten infolge geologischer Prozesse die heute genutzten Kohlelagerstätten auf.

Seit dem Beginn der Industrialisierung vor etwa 150 Jahren und der Nutzung fossiler Energieträger erhöhte sich die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre von ca. 0,03 auf ca. 0,04 Prozent. Diese Erhöhung soll nun den Auslöser und Startpunkt eines gravierenden Klimawandels darstellen. Jedoch ist der Glaube an einfache Lösungen für komplexe Probleme nicht nur blauäugig, sondern auch anmaßend und grob fahrlässig. Aktion und Reaktion können in so vielschichtigen und globalen Systemen wie dem Klima bisher noch von keinem Modell hinreichend genau in Zusammenhang gebracht werden.

Wir sind bislang nicht in der Lage, die Wirkungen von menschengemachten Substanzen auf alle Teile der Umwelt zu quantifizieren und zu bewerten – und sie seriös von natürlichen Prozessen zu differenzieren. Das gilt vor allem für CO₂ und seine Auswirkungen auf die Atmosphäre.



Prof. Dr. Ingo Hahn
umweltpolitischer
Sprecher

.....
Aus dem Plenum:
Umweltschutz statt
Klimawahn!



Allein deswegen warnt die AfD ausdrücklich vor gesinnungspolitischen Schnellschüssen und Alleingängen, deren Folgen für unsere Bürger schlichtweg nicht absehbar sind, sich aber bereits deutlich abzeichnen, zum Beispiel durch die grüne Inflation und Blackouts.

Deutschland soll eine Vorreiterrolle übernehmen; wir dürfen aber nicht zu Vorreitern darin werden, unseren Wohlstand aufs Spiel zu setzen und unsere Industrie – und schließlich uns selbst – abzuschaffen. Wir Deutschen gehen schon mit bestem Beispiel voran: Seit 1990 haben wir unsere Gesamtemissionen bei fortschreitender Industrialisierung bereits um über 30 Prozent gesenkt! Unsere Leistungsträger leiden schon heute unter der zweithöchsten Steuer- und Abgabenlast weltweit. Darüber hinaus müssen sie eine auf Naivität, Unwissenheit und Ideologie fußende „Energiewende“ auf ihren Schultern tragen und bezahlen die höchsten Strompreise in Europa. Wie lange glaubt die Bundesregierung, dieses Spiel mit den wertschöpfenden Menschen dieses Landes noch treiben zu können? Der Mittelstand und die Arbeitnehmer werden schonungslos

für eine diffuse Klimapolitik ausgepresst.

Die immer weiter steigenden Produktionskosten führen nicht nur zu immer höheren Lebenshaltungskosten, sondern werden auch bald zu einem massiven Abbau von Arbeitsplätzen führen.

Die immer weiter ausufernde CO₂-Besteuerung gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft Tag für Tag mehr. In der Industrie – hier sei ein besonderes Augenmerk auf die Automobilbranche und deren Zulieferer gerichtet – stehen aufgrund von Steuernachteilen und ideologischer Subventionierung von E-Autos hunderttausende Arbeitsplätze auf dem Spiel.

Leider ist der allgemeine Diskurs zu einer emotional und irrational geführten Debatte verkommen. Wodurch selbst das stichhaltigste Argument ungehört verklingt.

Aber Angst und andere Emotionen sind nicht die geeignete Grundlage für eine zielführende Debatte! Deshalb fordert die AfD eine klare und

vorurteilsfreie Bilanzierung aller „Klimaschutz“-Maßnahmen sowie Investitionen in eine lösungsorientierte Forschung zu echten Alternativen! Erst dann ist gewährleistet, dass im Bayerischen Landtag und im Bundestag eine pragmatische Politik verfolgt wird, die sich der Zukunft und den Interessen der Bürger verpflichtet. Wir dürfen nicht zu einer Gesellschaft werden, die jede Lebensäußerung kontrolliert und zu besteuern versucht! Leider wird der Natur- und Umweltschutz heutzutage oft allein als Klimaschutz missverstanden, der statt der Ursachen nur Symptome bekämpft und sich fast ausschließlich auf die Emission von CO₂ konzentriert.

Umfassender Natur- und Umweltschutz geht weit über die fehlgeleitete Klimadebatte hinaus. Das Bewusstsein für echte Nachhaltigkeit und Ressourcenschonung muss in den Vordergrund rücken: Es muss attraktiver werden, qualitativ hochwertige und langlebige Produkte zu erwerben und zu nutzen: Produkte, für die wir in Deutschland weltweit – noch – bekannt sind!

Prof. Dr. Ingo Hahn

Jetzt online lesen:

Unsere Broschüren und Faltblätter finden Sie auch als Download unter <https://www.afd-landtag.bayern/infomaterial>



Deutschland zahlt für alle

Der Deal, der unsere Werte frisst

Wird der Bürger auf der Straße mit Begriffen wie „sustainable finance“, dem „Green Deal“ oder gar dem „EU-Taxonomierahmen“ konfrontiert, dann ist eines klar: Fremdwörter, dem Englischen, dem Griechischen oder wahlweise auch dem Lateinischen entliehen, sollen Verwirrung auf höchstem Niveau stiften, sollen die intellektuelle Macht der Eurokraten-Klasse beweisen und sollen vor allem beim Verschleiern und Vertuschen helfen.

Die Deutschland-Abschaffer der Kartellparteien bedienen sich unterwürfig derselben Vokabeln und wissen doch nicht, was sie dabei tun. Sie können die Tragweite nicht ermessen, weil sie diese nicht verstehen – und wenn sie sie verstehen, zeigen sie damit ihre Verachtung für all das, wofür wir als Alternative für Deutschland antreten: Befreundete Vaterländer im beständigen Wettbewerb um die besten Konzepte für eine starke Wirtschaft und im fortwährenden Ringen um die höchstmögliche ideelle und finanzielle Freiheit ihrer Bürger!

All dies ist bereits Geschichte. Den abstrusen Zielen einer grünen Welt, die nichts mit patriotischer Bewahrung von Natur, Umwelt und Heimat zu tun haben, soll alles Handeln der EU untergeordnet werden. Abschließendes Ziel ist dabei die Gleichschaltung der Länder, um

mit sich annäherndem Lebensstandard den nationalen Widerstand gegen einen europäischen Superstaat zu brechen. Figuren wie Macron, unterstützt von seiner EZB-Landsfrau Lagarde und getragen von weltläufigen Philanthropen (neuere Umschreibung für „Geldsäcke“), sind es, die ein Versailles ganz neuer Dimension erschaffen wollen, um aus stolzen Ländern Nord- und Mitteleuropas Vasallen der Eurokratie zu formen.

Subversives Instrument ist dabei die gemeinsame Verschuldung, deren erste mit 750 Milliarden Euro unter dem Deckmäntelchen von Corona bereits vollzogen wurden. Auch die Investitionen aus diesem „Vermögen“ (eigentlich das Geld der deutschen Bürger und Steuerzahler) in fremden Ländern müssen mit den Anforderungen der „sustainable finance“ – also der nachhaltigen Finanzierung – kompatibel sein. Was nachhaltig ist, bestimmt der „Green Deal“ – d.h. eine Vielzahl von durch Regulierungswut gekennzeichneten Verordnungen und Richtlinien, die geschaffen wurden, um dieses schmutzig-grüne EU-Wort mit Leben zu füllen und gegen die Völker zu positionieren.

Das geflügelte Wort von der „Taxonomie“ (man kann sich das am besten als Skala von minus fünf bis plus fünf vorstellen) dient nur dazu, die

Vereinbarkeit von Investitionen oder Anlagen mit grünen Zielen darzustellen – grüne Taxonomie. Dasselbe ist auch für soziale Ziele in der Pipeline, wobei hier Rüstungsfirmen tief im Minus stehen und Wohlfahrts-NGOs die universelle Heilsbringung versprechen. Man will, ganz platt, den Weg des Geldes bestimmen und damit ungewünschten Wirtschaftszweigen den Garaus bereiten. Banken und Fonds müssen (vereinfacht dargestellt) Kredite und Investitionen in schmutzige Wirtschaft ausweisen, was gesellschaftlich nicht erwünscht ist. Um nicht öffentlich am Pranger zu stehen, kürzt man Kreditlinien und verlangt überhöhte Zinsen, um sich von diesen Geschäftspartnern zu trennen, die nicht EU-green-deal-konform sind. Früher stand der Pranger auf dem Marktplatz – heute steht er im Geschäftsbericht. So ist das Spiel, und sowohl das Merkel-Kartell als auch die links-bunte Scholzerei spielen ergeben mit.

Alles gegen Deutschland statt für das deutsche Volk! So kann man es zusammenfassen. Genau deswegen ist es so wichtig, die Bürger aufzuklären. Und gerade die bayerische AfD als einzige wirkliche Oppositionspartei im Freistaat, der allein die fünftstärkste Wirtschaftsmacht der EU darstellt, ist gefordert, sich dem Aderlass zu widersetzen, der uns auf das Niveau der südeuropäischen Rotweinstaaaten hinunterzwingen soll.



Martin Böhm
europapolitischer
Sprecher



Die Wirtschaftspolitik der AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Freiheit, Sicherheit & Heimat

Freiheit und Leistung

Die AfD setzt sich wie keine andere Fraktion im Bayerischen Landtag für die Interessen des Mittelstands, aller Leistungsträger und für die heimische Wirtschaft ein. Unsere Forderungen sind klar und präzise:

- Bürokratie abbauen,
- Steuern senken,
- fairen Wettbewerb ermöglichen
- und attraktive Standortbedingungen schaffen.

Wir sind für die freie soziale Marktwirtschaft und eine Ordnungspolitik im Sinne von Ludwig Erhard und sehen den Mittelstand – die Selbstständigen, Freiberufler, Familienbetriebe sowie kleine und mittlere Unternehmen – als das Herz der bayerischen Wirtschaft. Wir wollen allen Leistungsträgern eine Stimme verleihen und sie stärken – vor allem durch Steuersenkungen und Bürokratieabbau.

Um den bürokratischen Aufwand für bayerische Unternehmen zu reduzieren, haben wir

- die Aussetzung sämtlicher Bürokratieaufzeichnungspflichten für Betriebe bis 20 Mitarbeiter,

- die Ausweitung von Klein(st)betriebsregelungen,
 - die Vereinheitlichung von Schwellenwerten und die Verkürzung von Aufbewahrungsfristen für KMU,
 - die komplette Digitalisierung des Antragswesens für Unternehmen,
 - die Abschaffung der Kassenbonnpflicht
 - und das Ende der kostspieligen Klimaauflagen
- gefordert.

Darüber hinaus engagiert sich die AfD gegen die Lieferkettengesetze und die EU-Taxonomie.

Mehr Netto vom Brutto

Unser umfangreiches Steuersenkungspaket, das wir in zahlreichen Anträgen eingebracht haben, umfasst

- die komplette Abschaffung der CO₂-Abgabe, der EEG-Abgabe und des Solidaritätszuschlags,
- die drastische Senkung der Energiesteuern, der Stromsteuer und der Umsatzsteuern auf das EU-Minimum,
- die Einführung eines steuerbefreiten Grundstrombedarfes,
- die Senkung des Zinssatzes für Steuernachzahlungen,



- eine verbesserte Abschreibung für Investitionen von KMU,
- die Erhöhung des Grundfreibetrags der Einkommenssteuer auf 2.000 Euro pro Monat und des Sparerpauschbetrags auf 1.250 Euro pro Monat
- sowie die Abschaffung der Erbschaftssteuer und der Grundsteuer mit Kompensation für die Kommunen.

Sicherheit und Wettbewerb

Bayern schlittert von einer Krise in die nächste. Durch die willkürlichen Corona-Einschränkungen der Regierung wurde unsere Wirtschaft an die Wand gefahren, während bei Big Tech und Big Pharma die Kassen klingeln.

Mit unseren Anträgen

- zur Aufhebung aller Corona-Einschränkungen,
- zur Einführung eines Eigenkapitalzuschusses bei den Corona-Hilfen,
- zu einem Moratorium und der Stundung der Rückzahlung von Corona-Hilfen,
- zur Einführung eines coronabedingten Bürokratie-Moratoriums bei KMU

- und zur Marktland-Besteuerung für Megakonzerne haben wir uns für den bayerischen Mittelstand eingesetzt.

Zukunft und Heimat

„Laptop und Lederhose“ ist für die AfD kein hohler Slogan (wie für die CSU), sondern unsere Lebenseinstellung.

Wir wollen mit Investition und Innovationen Bayern als führenden Industrie- und Hightech-Standort bewahren.

Dafür fordern wir mit unseren Anträgen:

- attraktive Standortbedingungen durch exzellente Infrastruktur, gut ausgebildete Fachkräfte und die Förderung von Forschung und Entwicklung,
- die Schaffung von Sonderwirtschaftszonen und geeigneten Rahmenbedingungen für eine bayerische Mikroprozessoren- und Roboterindustrie,
- die F&E-Förderung für effiziente Verbrennungsmotoren und synthetische Kraftstoffe der bayerischen Automobilindustrie
- sowie die Schaffung eines „Deutschlandfonds“ für die Finanzierung von Infrastruktur, Bildung und Digitalisierung.



Franz Bergmüller
stv. Fraktions-
vorsitzender und
wirtschaftspolitischer
Sprecher

.....

Klartext
Steuerverein-
fachungen statt
noch mehr
Steuerkontrolleure



Impressum

Löwenherz - 3. Ausgabe: Juli 2022

Herausgeber:

AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag
Ulrich Singer, Fraktionsvorsitzender
Maximilianeum • 81627 München

Tel./Fax: 089 – 4126 2960

Mail: loewenherz@afd-landtag.bayern

Internet: www.afd-landtag.bayern

Redaktion:

Mirko Kolundzic, Bereich Presse & Öffentlichkeitsarbeit

Gestaltung:

Corina Zech

Bildnachweis:

fottoo - stock.adobe.com; Harald Schindler - stock.adobe.com; Alexander Limbach - stock.adobe.com; studio v-zwoelf - stock.adobe.com; PhotographyByMK - stock.adobe.com; Stockwerk-Fotodesign - stock.adobe.com; Syda Productions - stock.adobe.com; Alena Ozerova - stock.adobe.com; famveldman - stock.adobe.com; DDRockstar - stock.adobe.com; Syda Productions - stock.adobe.com; Robert Kneschke - stock.adobe.com; janvier - stock.adobe.com (Originalfoto bearbeitet); AYAI-images - stock.adobe.com; sdecorret - stock.adobe.com (Originalfoto bearbeitet); JFL Photography - stock.adobe.com; Smileus - stock.adobe.com; photoschmidt - stock.adobe.com; oatawa - stock.adobe.com; Feyd-zhet Shabanov - stock.adobe.com; AfD-Landtagsfraktion Bayern

Diese Publikation der AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag dient ausschließlich der Information und darf nicht zum Zweck der Parteiwerbung und/oder als Wahlwerbung im Wahlkampf verwendet werden.



Der Krieg in der Ukraine und seine Folgen für Deutschland

Diese Bundesregierung gefährdet unser aller Sicherheit



Uli Henkel
*medienpolitischer
Sprecher*

.....

Rede im Plenum:
*Krieg in Europa -
Deutschland wehrlos!*



In der Nacht zum 24. Februar 2022 begann die russische Invasion in der Ukraine. Seitdem herrscht Krieg in Europa.

Mut zur Wahrheit bedeutet auch einzugestehen, dass man sich geirrt hat. In vielen Reden habe ich mich für die Fertigstellung von Nord Stream 2 starkgemacht und darauf hingewiesen, dass Russland stets seinen Lieferverpflichtungen nachgekommen ist. Selbst bei meiner letzten Reise nach Moskau und Tatarstan wenige Wochen vor dem Überfall habe ich nichts von einem drohenden Angriff mitbekommen. Ich bin nun wütend auf diesen Präsidenten, der das uns doch so freundlich gesinnte russische Volk in diesen Krieg geführt hat.

Für die AfD-Fraktion habe ich den Angriffskrieg Putins in meinen Reden im Landtag uneingeschränkt verurteilt, sind wir doch zutiefst betroffen über das sinnlose Blutvergießen. Da der Konflikt auch auf Bayern unmittelbare Auswirkungen hat, haben wir bereits am 3. März eine Sondersitzung des Landtags beantragt. Von der Staatsregierung sowie den Fraktionen der anderen Parteien wurde unser Vorschlag jedoch abgelehnt. Wie schon während der Corona-Krise war die Söder-Regierung nicht gewillt, das Parlament angemessen in die politische Willensbildung einzubeziehen.

Als Abgeordnete einer Partei, die Gewalt in jeder Form ablehnt, sind wir uns einig, dass Putins Angriff auf die Ukraine weder politisch noch moralisch zu rechtfertigen ist. Unabhängig von der Frage nach der „Schuld“ sind jedoch die Ursachen des Krieges zu analysieren. Viele Faktoren haben hier zusammengewirkt, und es verbietet sich simple Schwarz-Weiß-Malerei. Es ist also keine Übernahme von Putins „neozaristischem“ Bestreben, die früheren Sowjetrepubliken erneut zu Satellitenstaaten zu degradieren, wenn hier auch auf die NATO-Osterweiterung hingewiesen wird. Der Westen hat seit den neunziger Jahren die damalige Schwäche Russlands ausgenutzt, um seinen Einflussbereich auszuweiten. Das mag das „gute Recht“ des Bündnisses gewesen sein; eine Einbindung Russlands hätte aber mehr bewirkt als eine Politik einseitiger Stärkedemonstration.

Zudem wurde sowohl von Russland als auch von der Ukraine zu wenig unternommen, um die Vereinbarungen des Minsker Friedensabkommens umzusetzen. Zu diesen Abmachungen hätten ein Waffenstillstand in den zwischen ukrainischen und prorussischen Truppen umkämpften Regionen um Luhansk und Donezk, die Einrichtung einer entmilitarisierten Zone sowie die Durchführung von

Wahlen in diesen Oblasten gehört. Weiterhin hätte beiden Gebieten ein Sonderstatus zuerkannt werden müssen. Dieser hätte in der ukrainischen Verfassung verankert werden können, wobei im Gegenzug die territoriale Integrität des Landes zu wahren gewesen wäre. Die Ukraine hat den Regionen jedoch weder einen Sonderstatus zugestanden noch Wahlen abgehalten. Stattdessen haben beide Seiten den Krieg weitergeführt, so dass auch nach 2015 noch rund 15.000 Menschen in der Ostukraine ums Leben gekommen sind. Diese Vorgeschichte ist angesichts der gegenwärtigen Eskalation im Blick zu behalten, ohne dass dabei Putins Einmarsch in die Ukraine relativiert werden darf.

Anstatt einen kühlen Kopf zu bewahren, haben sich Bundes- und Staatsregierung sofort auf die Seite der USA und der Ukraine gestellt und durch diese Einseitigkeit dazu beigetragen, dass der Konflikt weiter angeheizt wurde. Buchstäblich über Nacht wurde mit unserem außenpolitischen Grundsatz gebrochen, dass keine Waffen in Kriegsgebiete geliefert werden dürfen. Nachdem die Bundeswehr über Jahrzehnte hinweg kaputtgespart wurde, so dass sie nach Einschätzung des Heeresinspektors derzeit nicht zur Landesverteidigung in der Lage ist, hat die Bundesregierung ein Paket von 100 Milliarden Euro zur Modernisierung unserer Streitkräfte beschlossen. Woher die Regierung dieses Geld nehmen will, ist völlig unklar. Folglich ist mit Steuererhöhungen und einem weiteren Anstieg der hohen Inflation zu rechnen.

Zwar begrüßen wir es, dass die Bundesregierung unsere Forderung übernimmt, die Bundeswehr wieder einsatzfähig zu machen, aber weitere Belastungen der Bürger lehnen wir ab. Stattdessen treten wir für eine Streichung ideologischer Projekte ein. Ein Beispiel für irrwitzigen Genderwahn ist die von der früheren Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen eingeführte „Umstandsmode“ für schwangere Soldatinnen. Unserer Truppe wäre mit moderner Verteidigungstechnik besser gedient.

Ebenso kritisch sehen wir die Sanktionen gegen Russland, da diese vor allem die arme Bevölkerung des Landes

treffen und Putin nicht zum Einlenken bewegen. Sanktionen haben oft entgegengesetzte Wirkungen als die erwünschten, wie man an der Entwicklung der Energiepreise sehen kann: Die russische Föderation liefert uns derzeit viel weniger Öl und Gas, bekommt aber ebensoviel Geld überwiesen wie vor den Sanktionen. So profitiert Russland sogar doppelt, denn den zurückgehaltenen Anteil verkauft es nun an Indien und China.

Sanktionen aber, die uns mehr schaden als Russland, sind ein Witz, aber darauf läuft es wohl hinaus. Aus Solidarität mit der Ukraine gefährden wir durch einen Importstopp von russischem Öl und Gas unsere Wirtschaft und die Versorgungslage im kommenden Winter massiv, aber den Krieg wird dieses Opfer gewiss nicht beenden.

Anstatt einen abgestuften Weg zu beschreiten, der unterschiedliche Optionen offenhält, entschied sich die Ampel-Koalition für die Brachialvariante, die Deutschland von teurem amerikanischem Fracking-Gas abhängig macht. Auch in fast allen anderen Bereichen wurde der Handel mit Russland unterbunden. Sogar die Engagements russischer Künstler wurden gekündigt – ein beschämender Akt antirussischer Hetze!

Die AfD lehnt jegliche Einschränkungen der Meinungs- und Pressefreiheit unter dem Vorwand der „Kriegspropaganda“ ab. So wurden die russischen Medien „Russia Today“ und „Sputnik“ in der EU verboten. Die ständigen Beteuerungen von Politikern, die Freiheit der Presse hochzuhalten, sind angesichts solcher Schritte unglaublich.

Es steht zu befürchten, dass sich die Zensur, die bereits während der „Pandemie“ als Maßnahme gegen „Fake News“ vorangetrieben wurde, ausweiten wird. Als Freiheits- und Rechtsstaatspartei beobachten wir solche Tendenzen mit großer Sorge. Betreutes Denken darf es in einem demokratischen Rechtsstaat nicht geben.

Besorgniserregend ist auch der „Finanzkrieg“ gegen Russland, dem sich die Bundesregierung nach kurzem Zögern angeschlossen hat. Zum einen wur-

de Russland aus dem internationalen Zahlungsverkehr SWIFT ausgeschlossen, wodurch Finanztransaktionen erschwert, aber nicht unmöglich gemacht wurden, denn Russland kann sein eigenes System SPFS sowie das chinesische CIPS nutzen. Zum anderen hat der Westen Sanktionen gegen die russische Notenbank erlassen. Diese sollen verhindern, dass Russland seine bei westlichen Notenbanken gelagerten Reserven an westlichen Währungen verkaufen und gegen Rubel eintauschen kann. Zwar hat Russland seine Dollar- und Euro-Bestände in den letzten Jahren gesenkt, aber die Sanktionen sind dennoch „die nukleare Option im finanziellen Arsenal des Westens“, wie der Russlandexperte Rob Person von der Militärakademie West Point sagte. In der Folge könnte das russische Finanzsystem kollabieren, und dies würde nicht nur die deutsche Wirtschaft schwer treffen und zahllose deutsche Arbeitsplätze vernichten, sondern könnte drastische Schritte Putins nach sich ziehen.

Als AfD warnen wir davor, die Eskalationsschraube immer weiter zu drehen. Die einseitige „Kriegshetze“ in unseren Medien ist aus meiner Sicht unverantwortlich. Der Westen darf sich nicht dazu hinreißen lassen, in blindem Eifer unrealistische Maximalforderungen zu stellen und die russische Atommacht mit immer härteren Maßnahmen in die Enge zu treiben. Wir sollten die Tür zum Dialog offenhalten, denn wir können uns unsere Gesprächspartner ja nicht aussuchen.

Mein Fazit: Zwar darf die Souveränität der Ukraine nicht in Frage gestellt werden und sind Menschenrechtsverletzungen unter keinen Umständen zu dulden, aber das Ziel des Westens kann auch nicht darin liegen, Russland mit Gewalt in die Knie zwingen zu wollen.

Stattdessen brauchen wir so rasch wie möglich eine Friedensordnung, die sowohl unsere als auch die Sicherheitsinteressen der Ukraine und Russlands einschließt, wenn wir verhindern wollen, dass sich die Geschichte – in Form einer Eiszeit mit eisernem Vorhang – wiederholt. Dieses Kapitel sollten wir 1990 endgültig überwunden haben.

Ihre Dienstleister im Bayerischen Landtag

Die Mitglieder der AfD-Fraktion

Wir haben einen klaren Auftrag: Dem Land zu dienen und den Wunsch unserer Wähler nach mehr Demokratie und Rechtsstaatlichkeit umzusetzen. Wir denken nicht in Legislaturperioden, sondern in Generationen. An die Generationen vor uns, die unser Land aufgebaut haben, und an die Generationen nach uns, für die wir es schützen und bewahren. Danke, dass wir das für Sie tun dürfen!



ulrich.singer@afd-landtag.bayern

Ulrich Singer

Fraktionsvorsitzender
Donau-Ries

Ausschuss: Arbeit und Soziales, Jugend
und Familie, Wissenschaft und Kunst



gerd.mannes@afd-landtag.bayern

Gerd Mannes

stv. Fraktionsvorsitzender
Günzburg

Ausschuss: Wirtschaft, Landesentwicklung,
Energie, Medien und Digitalisierung



franz.bergmueller@afd-landtag.bayern

Franz Bergmüller

stv. Fraktionsvorsitzender
Rosenheim-West

Ausschuss: Wirtschaft, Landesentwicklung,
Energie, Medien und Digitalisierung



andreas.winhart@afd-landtag.bayern

Andreas Winhart

Parl. Geschäftsführer
Rosenheim-Ost

Ausschuss: Gesundheit und Pflege,
Landwirtschaft

Weitere Informationen
finden Sie auf unserer Webseite:
www.afd-landtag.bayern



oskar.atzinger@afd-landtag.bayern

Oskar Atzinger

Passau-West

Ausschuss: Bildung und Kultus



martin.boehm@afd-landtag.bayern

Martin Böhm

Coburg

Ausschuss: Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen



anne.cyron@afd-landtag.bayern

Dr. Anne Cyron

Bad Tölz / GAP

Ausschuss: Bildung und Kultus



katrin.ebner-steiner@afd-landtag.bayern

Katrin Ebner-Steiner
Deggendorf

Ausschuss: Staatshaushalt
und Finanzfragen



richard.graupner@afd-landtag.bayern

Richard Graupner
Schweinfurt

Ausschuss: Kommunale Fragen,
Innere Sicherheit und Sport



ingo.hahn@afd-landtag.bayern

Prof. Dr. Ingo Hahn
Fürstenfeldbruck-Ost

Ausschuss: Wissenschaft und Kunst,
Umwelt und Verbraucherschutz



uli.henkel@afd-landtag.bayern

Uli Henkel
München

Ausschuss: Wohnen, Bauen und Verkehr,
Rundfunkrat



stefan.loew@afd-landtag.bayern

Stefan Löw
Tirschenreuth

Ausschuss: Kommunale Fragen,
Innere Sicherheit und Sport



roland.magerl@afd-landtag.bayern

Roland Magerl
Weiden

Ausschuss: Gesundheit und Pflege



christoph.maier@afd-landtag.bayern

Christoph Maier
Unterallgäu-Memmingen

Ausschuss: Verfassung, Recht,
Parlamentsfragen und Integration



ferdinand.mang@afd-landtag.bayern

Ferdinand Mang
Roth

Ausschuss: Staatshaushalt
und Finanzfragen



jan.schiffers@afd-landtag.bayern

Jan Schiffers
Bamberg Stadt

Ausschuss: Arbeit und Soziales,
Jugend und Familie



ralf.stadler@afd-landtag.bayern

Ralf Stadler
Passau-Ost

Ausschuss: Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten

Die regionalen Stimmkreisbüros

Die meisten unserer Landtagsabgeordneten haben regionale Stimmkreisbüros, in denen sie Ihnen gerne für Fragen und Informationen zur Verfügung stehen.

Die Adressen und Kontaktmöglichkeiten der Bürgerbüros finden Sie auf unserer Fraktionswebseite:
www.afd-landtag.bayern/buergerbueros



LANDTAG
BAYERN



AfD

www.afd-landtag.bayern

Folgen Sie uns auch bei:



YouTube



LÖWENHERZ abonnieren

Sie möchten unsere kostenlose Fraktionszeitung LÖWENHERZ abonnieren und in Zukunft portofrei nach Hause geschickt bekommen? Der nebenstehende QR-Code führt Sie direkt auf die Anmeldeseite: <https://www.afd-landtag.bayern/loewenherz-abo>